

PROTOKOLL

über die 4. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 22. Jänner 2004, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Eva-Maria Wührleitner, Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Silvia Thurner, GR Karl Baumgartner

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE
- 6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

- 1) GHJ2-74/03 Sofortmaßnahme Heizkesseltausch Hubergut.
- 2) Ha-5521/90 Vertrag Stadt Steyr – Waizinger GesmbH & Co KG über die Müllsortierung; Erhöhung der Mittelfreigabe zur Bezahlung des von Herrn Rechtsanwalt Dr. Michael Breitenfeld erstellten Rechtsgutachten.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) Fin-280/03 Außerordentliche Subvention an Frau Elfriede Kreuzberger – Erstes Österreichisches Weihnachtsmuseum.

- 2) Fin-100/02 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2003.
- 3) Fin-108/98 Abtretung der Geschäftsanteile der TIG GmbH an der FAZAT Steyr GmbH an die Stadt Steyr und Fusion der FAZAT Steyr GmbH mit der TIC Steyr GmbH.
- 4) Präs-929/93 Europäische Wissenschaftstage 2004.
- 5) Fin-295/03 Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschuss für Stadtbadsanierung und Infrastrukturmaßnahmen bei den Verkehrsbetrieben.
- 6) Fin-108/98 TIC Steyr GmbH; Förderung von Zusatzinvestitionen.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 7) SH-3/03 Übertragung der Hauskrankenpflege-Personaleinheit des Magistrates an die Volkshilfe Steyr.
- 8) SH-4/04 Verein „Miteinander – MOHI“; Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes 2004.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 9) ÖAG-22/96 Grundeinlöse Nordspange bzw. Umfahrung Dornach, Auszahlung des Kaufpreises an die Ehegatten Franz u. Bernadette Hiesmayr.
- 10) Sport-11/00 Stadthalle Steyr – Anschlusskosten. BauH-108/00

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

- 11) Fin-287/03 Mitgliedsbeitrag für den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2004; Akontozahlungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

- 12) Stw-106/03 Städt. Gaswerk; Erdgasabgabepreisanhebung zum 1. 1. 2004 wegen Anhebung der staatl. Erdgasabgabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 13) Fin-261/03 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 2004.
- 14) BauT-17/02 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr 2003; Kanalisation Innenstadt, Teil 3; Auftragserweiterung und Mittelfreigabe NK Eisengasse.
- 15) BauT-8/03 Kanalisation Stadt Steyr 2003; Kamerabefahrung und Druckproben, Baulose 2001 – 2004.
- 16) BauGru-54/02 Einreihung einer Aufschließungsstraße im Bereich Dachsbergweg als Gemeindestraße.

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

- 17) San-169/03 Ersatzbeschaffung einer Röntgenanlage.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, ich darf die heutige GR-Sitzung eröffnen und feststellen, dass diese Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde. Ich möchte ebenfalls die Beschlussfähigkeit feststellen und dabei festhalten, dass für heute Frau GR Silvia Thurner und Herr GR Karl Baumgartner entschuldigt sind und die Frau GR Freimund kommt etwas später. Ich komme dann zur Bekanntgabe der Protokollprüfer. Die Protokollprüfer sind heute Herr GR Ing. Franz-Michael Hingerl und die Frau GR Dr. Braunsberger-Lechner.

Ich komme zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen. Herr GR Engelbert Lengauer richtete mit Schreiben vom 2. Jänner folgende Anfrage an mich, die ich zuständigkeithalber an Herrn Vizebürgermeister Ing. Spanring weitergeleitet habe. Ich ersuche Herrn Stadtrat Ing. Spanring, diese Anfrage zu verlesen und zu beantworten.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werthe Presse. Ich bin jetzt 26 Jahre im Personalwesen tätig und ich hoffe nicht, dass ab heute Personalien nur mehr in der Öffentlichkeit, via Medien, via Zeitung abgehandelt werden. Das nur als Einleitung.

Anfrage vom 2. Jänner 2004 vom Herrn GR Engelbert Lengauer, gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr in Verbindung mit § 12 Statut für die Stadt Steyr. Die Anfrage lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, dem Vernehmen nach will Anfang März 2004 der Geschäftsbereichsleiter für Kultur, Bildung und Sport Herr Ing. Dr. Raimund Locicnik dieses sein Amt abtreten und das Amt eines Leiters des Stadtarchivs übernehmen.

Es soll darüber mit ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, schon Gespräche mit festen Zusagen geben.

Ich habe dazu folgende Fragen:

- 1) Stimmt es, dass Herr Ing. Dr. Raimund Locicnik sein Amt als Geschäftsbereichsleiter für Kultur, Bildung und Sport im März 2004 aufgeben will (gekündigt hat)?
- 2) Ist es richtig, dass er das Amt eines Leiters des Städtischen Archivs übernehmen wird?
- 3) Wird der Kulturausschuss mit der Beratung dieser Frage, die für das Kulturgeschehen für unsere Stadt sehr wesentlich ist, betraut werden?
- 4) Wird die Stelle des Geschäftsbereichsleiters neu ausgeschrieben und unter welchen Kriterien?
- 5) Kann es sein, dass diese Stelle nur durch internes Verschieben neu besetzt wird?
- 6) Es gibt Gerüchte, dass Nachfolger schon im Gespräch sind, können sie darüber eine Aussage machen?“

Und nun zur Anfragebeantwortung:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Lengauer!

Zu Frage 1:

Aufgrund eines Mitarbeitergespräches zwischen dem Herrn Magistratsdirektor und Herrn Geschäftsbereichsleiter Konsulent Ing. Dr. Raimund Locicnik, das am 8. September 2003 stattgefunden hat, wurden von diesem am 23. September 2003 dem Herrn Magistratsdirektor schriftlich mitgeteilt, dass er seine Position als Geschäftsbereichsleiter des Geschäftsbereiches VI mit 31. März 2004 beenden möchte. Weiters ersuchte er um Versetzung ab 1. April 2004 in das Stadtarchiv mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von ca. 24 Wochenstunden. Es stimmt daher nicht, dass Herr Konsulent Ing. Dr. Raimund Locicnik sein Dienstverhältnis zum Magistrat der Stadt Steyr gekündigt hat, aber es ist richtig, dass er mit Ablauf des März 2004 sein Amt als Geschäftsbereichsleiter aufgeben will.

Zu Frage 2:

Mit Schreiben vom 11. 11. 2003, das durchschriftlich an Herrn MD Dr. Kurt Schmidl, Herrn Vizebürgermeister Ing. Dietmar Spanring und an den Herrn Bürgermeister erging, teilte Konsulent Ing. Dr. Raimund Locicnik offiziell und schriftlich der FA für Personalverwaltung mit, dass er mit Ende März 2004 seine Tätigkeit als Geschäftsbereichsleiter zurücklegen und weiters im Stadtarchiv als hauptamtlicher Archivar tätig sein möchte. Es ist daher richtig, dass Herr Konsulent Ing. Dr. Raimund Locicnik die Leitung des städtischen Archives übernehmen möchte.

Zu Frage 3:

Die Zuständigkeit des Kulturausschusses ist auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 23. 10. 2003 wie folgt festgelegt:

„Vorberatung von Anträgen und Abgabe von Gutachten in nachstehenden Angelegenheiten: Planung, Durchführung und Förderung von Veranstaltungen, Theaterbetrieb, Volkshochschule, Seniorenklubs, Agenden der Stadtbücherei „Marlen-Haushofer“, Museumsangelegenheiten, Vergabe der Kultursubventionen, Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, des Gregor-Goldbacher-Förderungspreises etc.“

Personalangelegenheiten fallen nicht in die Zuständigkeit des Kulturausschusses und daher wird eine Nachbesetzung des Geschäftsbereichsleiters des Geschäftsbereiches VI sowie eine Versetzung des jetzigen Geschäftsbereichsleiters unter Reduzierung seiner wöchentlichen Arbeitszeit in das Stadtarchiv nicht dem Kulturausschuss zur Beratung übermittelt.

Zu Frage 4:

Wenn die Stelle des Geschäftsbereichsleiters des Geschäftsbereiches VI tatsächlich nachzubesetzen ist, ist eine Stellenausschreibung vorzunehmen. Weiters ist eine Bekanntmachung der Ausschreibung in einer OÖ-Tageszeitung, in der Amtlichen Linzer Zeitung, im Amtsblatt der Stadt Steyr, beim AMS und an der Amtstafel vorgesehen.

Zu Frage 5:

Wenn die Stelle eines Geschäftsbereichsleiters für den Geschäftsbereich Kultur, Bildung und Sport nachzubesetzen ist, ist eine interne Verschiebung – gemeint wird wahrscheinlich eine interne Versetzung sein – nicht möglich, jedoch können sich auch bereits beim Magistrat Steyr beschäftigte Bedienstete ebenso wie externe Bewerber für den Posten eines Geschäftsbereichsleiters gem. den Bestimmungen des OÖ. Objektivierungsgesetzes bewerben.

Zu Frage 6:

Bei jeder Nachbesetzung einer Stelle, die von öffentlichem Interesse ist, gibt es immer wieder Gerüchte über einen Nachfolger für den ausscheidenden Stelleninhaber. Da mir die Gerüchte nicht bekannt sind und sich in der Vergangenheit erwiesen hat, dass so manches Gerücht nicht stimmt, so manche Person, die bereits als Nachfolger gehandelt wurde, sich nicht einmal beworben hat, kann und will ich Gerüchte weder bestätigen noch dementieren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Zusatzfrage?

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Aus jetziger Sicht, wird diese Stelle ausgeschrieben werden ja oder nein?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Selbstverständlich! Ist die Frage ausführlich behandelt worden? Gut. Ich komme dann zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Im Magistrat Steyr wird der elektronische Akt vorbereitet, das Kernstück der elektronischen Verwaltung. Seit 15. Jänner 2004 stehen alle 105 Formulare des Magistrats digital signierbar und sehbehindertengerecht im Internet zur Verfügung. Die Stadt Steyr leistet dabei Pionierarbeit. Sie ist die erste österreichische Statutarstadt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern diesen Service anbietet.

Steyr ist offenbar prädestiniert für Vorreiter-Rollen dieser Art und ich freue mich über den technologischen Fortschritt im Rathaus, denn schließlich war Steyr auch die erste Stadt in Kontinentaleuropa, die eine elektrische Straßenbeleuchtung gehabt hat.

Durch die elektronische Verwaltung können Bürgerinnen und Bürger weitgehend unabhängig von Zeit und Ort Anträge stellen oder per E-Mail mit Behörden verkehren. „Damit agiert der Steyrer Magistrat als moderner Dienstleister, der seine Angebote an die Wünsche und Lebensgewohnheiten seiner Kunden anpasst“, sagt dazu Magistrats-Direktor Dr. Kurt Schmidl. Das Projekt ist in mehrere Phasen unterteilt, der Auftragswert der ersten beiden Phasen beträgt etwa 200.000 Euro.

GWG der Stadt Steyr will die GWG der Steyr-Daimler-Puch AG kaufen

In den letzten Tagen des vergangenen Jahres unterschrieb die GWG der Stadt Steyr eine

Absichtserklärung, die GWG oder Steyr-Daimler-Puch AG kaufen zu wollen. Neben den 739 Wohnungen in Steyr, Sierning, Aschach, St. Valentin u. Graz gehören auch unbebaute Grundstücke in Steyr zum Vermögen dieser Wohnungsgesellschaft.

Die GWG der Stadt Steyr wird nunmehr weitere Verhandlungen mit Vertretern des Magna-Konzerns führen, um die näheren Details eines möglichen Rechtsgeschäftes abzuklären.

Trauungs-Saal im Schloss Lamberg sehr beliebt

235 Brautpaare haben sich im vergangenen Jahr im Schloss Lamberg eingefunden, um sich in einem der schönsten neuadaptierten barocken Trauungssäle Österreichs das Ja-Wort zu geben. Mit 33 Brautpaaren, die dann in den umliegenden Gemeinden die Ehe geschlossen haben, wurde das Aufgebot durchgeführt. 83 Paare haben von auswärts die Ehe in Steyr geschlossen, darunter Linzer und Wiener Paare. Von den Verlobten waren 177 Männer und 177 Frauen ledig. Geschieden waren 56 Männer und 57 Frauen, 2 Bräutigame und 1 Braut waren verwitwet. Bei 36 Männern und 37 Frauen war es die 2. Eheschließung. Die 3. Ehe gingen 17 Männer und 17 Frauen ein. 4 Männer und 2 Frauen verehelichten sich zum vierten Mal, je ein Mann und eine Frau zum fünften Mal und eine Frau sagte bereits zum 10. Mal „Ja“.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Somit haben seit 01.01.1939, dem Beginn der offiziellen staatlichen Matrikenführung, in Steyr 21.316 Paare die Ehe geschlossen.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Dezember 2003 betrug 7,2 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 1,1 % Prozentpunkte höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,2 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Dezember 2003 2.956. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 18,1 % (d.s. 454 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 3,2 % (d.s. 99 Personen).

Im Dezember 2003 sind 317 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 44 Stellen weniger und gegenüber dem Vorjahr um 20 Stellen mehr.

Das waren die Mitteilungen des Bürgermeisters. Ich bitte nun um Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Bevor ich zu den Verhandlungsgegenständen komme, möchte ich noch bekannt geben, dass es einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Exekutive neu und Personaleinsparung bei der Polizei und Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie“ gibt. Ich bitte über die Dringlichkeit dieses Antrages abstimmen zu lassen und am Ende der Tagesordnung, der Verhandlungsgegenstände, wird dann dieses Thema behandelt.

Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zugesteht, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung? Auch keine. Also die Dringlichkeit ist gegeben und wir werden diesen Antrag am Ende der Tagesordnung dann behandeln.

Für die Verhandlungsgegenstände gebe ich den Vorsitz an meine Kollegin Vzbgm. Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Punkt geht es um eine außerordentliche Subvention an Frau Elfriede Kreuzberger. Es geht um unser Weihnachtsmuseum, das ja im heurigen Jahr hervorragend besucht wurde. Es sind ca. 12.000 BesucherInnen nach Steyr gekommen und haben sich diese Ausstellung angesehen. Es war mit Sicherheit ein großer touristischer Erfolg. Natürlich waren wieder umfangreiche Adaptierungen und Einrichtungen in diesem Bereich notwendig. D. h., die Frau Kreuzberger hat nicht nur im vorvergangenen Jahr, sondern auch im vergangenen Jahr viele Investitionen getätigt und sie hat uns ersucht, sie bei diesen Investitionen zu unterstützen. Mein Vorschlag wäre, dass wir diese 24.000,-- Euro nach Abschluss eines Subventionsvertrages überweisen werden. Sie hat sämtliche Rechnungen natürlich jetzt schon vorgelegt. Ich bin überzeugt, dass das alles weitgehend in Ordnung ist und dass das natürlich meine Unterstützung hat. Ich bitte auch um ihre Unterstützung zu diesem

Antrag.

1) Fin-280/03 Außerordentliche Subvention an Frau Elfriede Kreuzberger – Erstes Österreichisches Weihnachtsmuseum.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 9. Dezember 2003 wird für Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs an Frau Elfriede Kreuzberger ein ao. Subventionsbetrag in Höhe von € 24.000,00 bei der VASSt. 1/771000/778000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, wert Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wert Gäste. In diesem Amtsbericht geht es immerhin um die Freigabe, wenn wir das beschließen, von 24.000,-- Euro, in alter Währung rund 350.000,-- Schilling. Das ist an und für sich eine Summe, wo ich normalerweise erwarten würde, als Gemeinderat, dass in einem Ausschuss darüber diskutiert wird. In einem Ausschuss, wie im Kulturausschuss beispielsweise, da reden wir oft um 2.000,-- , 3.000,-- Euro, diskutieren eine ½ Stunde darüber. In diesem Fall ist das ein Amtsbericht im Einvernehmen mit dem Herrn Bürgermeister, d. h., meines Wissens ist er vorher in keinem einzigen Ausschuss behandelt worden. Da frage ich mich eigentlich schon, wenn solche Dinge passieren, warum geht man bei Summen mit 2.000,-- , 3.000,-- Euro her und diskutiert lange darüber, bei 24.000,-- Euro, an eine Privatperson, diskutiert man überhaupt nicht darüber. Deshalb würde ich sie bitten Herr Bürgermeister in diesem Zusammenhang einige Fragen zu beantworten, die einfach für mich noch offen sind und die ich gerne beantwortet hätte, um zu wissen ob ich hier mitstimmen soll oder nicht. Die erste Frage in diesem Zusammenhang ist: „Wie kam es überhaupt jetzt zu dieser Zusage von 24.000,-- Euro? Ist das vorher in einem Ausschuss diskutiert worden? Ja oder nein? Wenn nicht, woher kommt dann plötzlich dieser Antrag?“ Der zweite Punkt, da ist für mich die Frage: Hier geht es um 24.000,-- Euro an eine Privatperson, argumentiert wird mit dem Erfolg dieser Weihnachtsausstellung, die möchte ich da auch gar nicht in Zweifel ziehen. Für mich ist allerdings die Frage: „Geben wir jetzt 24.000,-- Euro aus und haben wir damit sichergestellt, dass wir damit auch Eigentum erwerben? Oder geben wir die 24.000,-- als Subvention her und wenn im nächsten Jahr diese Ausstellung nicht mehr stattfindet, die Eigentümerin sagt, ich mache das nicht mehr in Steyr, ich mache das wo anders, haben wir dann noch eine Weihnachtsausstellung oder nicht? D. h., erwerben wir damit auch ein Eigentumsrecht?“ Ich habe im Akt nichts dazu gefunden und normalerweise ist es so, bei Subventionen, da kann ich mich erinnern, z. B. bei dieser Bummerlbahn, da haben wir dann vereinbart gehabt, es muss zumindest eine gewisse Zeit lang in Betrieb sein, gibt es da auch was in die Richtung? Im Akt habe ich nichts gefunden. Wenn das nämlich nicht so ist Herr Bürgermeister, dann geben wir 24.000,-- Euro aus und im schlimmsten Fall sagt die Frau Kreuzberger im nächsten Jahr ich mache das nicht mehr, ich kann es nicht mehr machen aus gesundheitlichen Gründen, was auch immer und wir haben jetzt 24.000,-- Euro ausgegeben und die Ausstellungsobjekte sind weg. Frage Nummer 3: Normalerweise weiß ich auch aus dem Kulturausschuss heraus, dass das Prozedere an sich immer jenes ist, dass es einen Antrag von einem Subventionswerber gibt, dass es dann einen Amtsvorschlag gibt, der Antragsteller im Regelfall um eine bestimmte Summe ansucht, der Amtsvorschlag dann 10 %, 20 % oder 30 % davon ausmacht, wie auch immer. In diesem Fall hätte mich interessiert: „Wie hoch war das Ansuchen? Wie viel Prozent von diesem Ansuchen übernehmen wir? Beziehungsweise, was ich auch aus dem Kulturausschuss gewohnt bin, Herr Bürgermeister, ist, dass es auch eine Auflistung von Einnahmen gibt. Hat die Frau Kreuzberger auch bereits Einnahmen gehabt? Ich kann mich erinnern, es gibt ja einen Eintritt in diese Christkindlwelt der auch für die Ausstellung ist. D. h., stehen diesen Ausgaben, die ja zitiert werden im Amtsbericht, auch irgendwelche Einnahmen gegenüber die die Frau Kreuzberger bekommen hat?“ Ich würde sie bitten, diese Fragen zu beantworten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Moment einmal. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe aber schon noch die Möglichkeit ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Selbstverständlich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gut, dann ist das eine Zwischenbeantwortung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zum Thema, wie ist das gelaufen? Gelaufen ist es so, dass die Frau Kreuzberger bereits vor mehr als zwei Jahren an die Stadt herangetreten ist, speziell an den Herrn Magistratsdirektor herangetreten ist, und gebeten hat, dass sie dort eine Ausstellung machen kann. Wir haben das damals besprochen und haben gesagt, ja, sie kann das dort machen. Sie hat ja auch schon voriges Jahr diese Ausstellung gemacht. Letztes Jahr ist sie wieder gekommen um diese Ausstellung zu erweitern. Das steht ja auch so im Amtsbericht drinnen, dass dieser Raum erweitert wurde. Die Frau Kreuzberger und ich glaube auch ihre Tochter, haben in dieses Projekt sehr viel Zeit und sehr viel Sachkosten hinein gesteckt. Der Betrag, der jetzt an sie bezahlt wird, diese 24.000,-- Euro, entspricht in etwa 50 % der Sachkosten. Die Sachkosten beziehen sich aber nicht auf die Ausstellungsgegenstände, also Puppen oder irgendwelche Weihnachtsausstellungsgegenstände, die dann in unser Eigentum übergehen, sondern die Einbauten, die dort geschehen sind wie Vitrinen oder irgendwelche Einrichtungsgegenstände die überhaupt notwendig sind, damit man diese Puppen und diese vielen Gegenstände ausstellen kann. Die hat sie vorfinanziert. Ich weiß, dass sie vor 2 Jahren schon 500.000,-- Schilling eingesteckt hat in dieses Thema und dass heuer wieder eine große Summe hineingesteckt worden ist. Selbstverständliche bleiben die von uns jetzt finanzierten Kosten im Eigentum der Stadt Steyr. Das wird ja auch dann in diesem Subventionsvertrag noch einmal festgehalten. Da können sie davon ausgehen, dass das in unserem Besitz bleibt und wir kaufen ja nicht irgendwelche Ausstellungsstücke, die gehören selbstverständlich der Frau Kreuzberger. Einnahmen und Ausgaben, ich glaube da brauche ich nicht näher dazu etwas erläutern. Wie viel sie Einnahmen in Summe gehabt hat, da muss man sagen, wenn sie einen Kassasturz gemacht hat, dann hat sie einen riesigen Defizit gehabt, für sich selber. Sie hat ja die ganzen Reisen nach Steyr bezahlt, die Übernachtungskosten, da ist kein Groschen Personalkosten drinnen, das ist alles gratis, das hat sie freiwillig zur Verfügung gestellt. Das was wir da bezahlen, das sind Sachkosten. Da fühle ich mich direkt moralisch dazu verpflichtet, dass ich ihr das bezahle, weil, wenn 12.000 Besucher nach Steyr kommen, das ist ja nicht irgendetwas. Das ist ja für den Tourismus der Stadt Steyr eine ganz erhebliche Summe von Leuten die dort hineingehen. Die gehen selbstverständlich nicht alleine wegen ihrem Museum hinein, sondern auch wegen der Christkindlbahn und, und, und.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Die Frage war einfach nur: „Ist sie beteiligt an den Einnahmen bei Eintritte in die Christkindlwelt?“

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das weiß ich jetzt gar nicht. Voriges Jahr war es so, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sie hat eine Pauschale bekommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

... dass sie von der Bahn einen Teil bekommen hat. Der Tourismusverband hat ja die Christkindlwelt geführt und wie das jetzt mit ihr abgerechnet worden ist, weiß ich im Detail nicht. Aber ich bin gerne bereit, dass ich das noch einmal hinterfrage. Ist das ausreichend beantwortet?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Moment, jetzt ist die Frage beantwortet. Das war noch nicht das Schlusswort, weil die Frau Frech will sich ja noch einmal melden.

Der Herr Kupfer hat sich auch zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz kurz zu dieser Angelegenheit. Dass wir nicht die größten Freunde der Christkindlwelt sind ist ja bekannt. Ich gebe aber auch zu, dass es heuer gut funktioniert hat. Es ist meines Erachtens eine touristische Einrichtung und weniger eine künstlerisch oder kulturelle Einrichtung der Stadt Steyr. Ich bin auch froh, dass diese Förderung nicht im Bereich der Kultur abgehandelt wird sondern im Repräsentationsbereich des Bürgermeisters. Denn, wie du gesagt hast lieber Bürgermeister, du hast die moralische Verpflichtung das zu tun weil sie so viel gemacht hat. Das glaube ich schon. Ich möchte schon auch darauf hinweisen, wie es anderen Förderwerbern in dieser Stadt geht und was von jenen verlangt wird, nämlich, dass man bevor man

ein Projekt startet, mit einem Budgetentwurf, mit einem Projektentwurf etc. kommt und es dann in den Gremien behandelt wird ob es gemacht wird oder nicht. Ich würde mir schon wünschen, dass diese Kriterien bei allen Förderwerbern so angewendet werden. Dass wir jetzt 24.000,-- Euro ausgeben, wo wir nicht wissen, was ist jetzt die genaue Abrechnung und noch kein Ansuchen herinnen ist etc., das wirft ein bisschen ein fahles Licht auf uns, das muss ich schon sagen. Der zweite Aspekt ist schon der, dass 24.000,-- Euro nicht wenig Geld ist und ich mir schon vorstellen könnte, dass wir diese 24.000,-- Euro in ganz anderen Bereichen, im Sozialbereich, im Kultur- und Jugendbereich sehr gut brauchen könnten und diese Einrichtung eine sehr stark touristische und kommerzielle Einrichtung ist, wo ich mir schon denke, dass es vielleicht auch andere Finanzierungsmöglichkeiten gäbe.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da musst du mir noch sagen welche es gibt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Es ist mitunter so, dass der Gemeinderat eigentlich de facto, verzeihen sie mir diesen Ausdruck, aber es ist ganz einfach so, Stimmvieh ist. D. h., er hat aufzuzeigen, weil einfach vorher schon irgendwas passiert ist. In diesem Fall ist es schlichtweg so Herr Bürgermeister, zumindest aus dem was aus dem Akt hervorgegangen ist, dass sie, als Person des Bürgermeisters, der Frau Kreuzberger etwas versprochen haben. Und zwar diese 24.000,-- Euro versprochen haben. Das können sie zwar, sie können aber nicht diese 24.000,-- Euro ohne eines beschlussfassenden Gremiums, des zuständigen Gremiums, tatsächlich fällen. Das geht auch hervor aus dem Akt, dass eben der Herr Bürgermeister am 7. Oktober 2003, oder spätestens zu diesem Zeitpunkt, eine Zusage getätigt hat, diese 24.000,-- Euro, und man dann natürlich draufgekommen ist, die 24.000,-- Euro muss ja der Gemeinderat beschließen und deswegen sitzen wir ja da, aber der Frau Kreuzberger ist es schon versprochen worden. Das persönlich finde ich eigentlich moralisch schon bedenklich, weil ich kann ein Versprechen erst dann machen, denke ich mir, wenn ich auch einen Beschluss habe. Ich kann sagen, ich werde mich darum bemühen ...

Unverständlicher Zwischenruf von StR Walter Oppl

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es steht da, nach Zusage von Herrn Bürgermeister. D. h., der Herr Bürgermeister hat es zugesagt. Wir dürfen jetzt darüber abstimmen, bleibt uns eigentlich eh nicht anderes mehr übrig, weil moralisch sind wir ja als Stadt schon verpflichtet, weil man das schon zugesagt hat. Ich würde sie bitten, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Antrag von der Tagesordnung abzusetzen. Ich stelle dazu auch dann diesen Antrag zur Geschäftsordnung und zwar aus einem Grund. Es gibt aus meinen Unterlagen heraus nicht wirklich ein Ansuchen, das ganz klar definiert ist. Es ist nicht klar, die Vitrinen die sie im Amtsbericht finden, da steht: „Das Gros der Ausgaben wurde für die Anschaffung der Vitrinen ausgegeben.“ Herr Bürgermeister, sie haben jetzt gesagt, na ja, wir werden uns das schon sichern, wenn die Subvention ausbezahlt wird. Wir beschließen aber hier und heute. Dann müssten wir auch hier und heute beschließen, dass mit diesen 24.000,-- Euro Subvention an die Frau Kreuzberger zumindest diese Vitrinen in unser Eigentum übergehen. Nach dem heutigen Beschluss sind sie nach wie vor ihr Eigentum. Vor dem möchte ich schon warnen. In der Vergangenheit haben wir sehr oft diese Situation gehabt. Wir haben irgendwas schnell einmal beschlossen und im Nachhinein hat dann manches nicht funktioniert, weil es unklar war. Der nächste Punkt ist, Herr Bürgermeister, ich habe sie gebeten, mir ist schon klar, die Frau Kreuzberger hat sehr viel ausgegeben, das kritisiere ich auch nicht, ich finde es war gut, dass es die Ausstellung gibt, aber bei jedem anderen Ansuchen ist immer die Diskussion auch, die ja zu Recht erfolgt, gibt es Einnahmen die dem gegenüberstehen, diesen Ausgaben. Herr Bürgermeister, sie haben gesagt, na ja, das wissen sie jetzt nicht so genau, da gibt es eine Vereinbarung mit dem Tourismusverband, da gibt es eine Pauschale, genaue Zahlen konnten jetzt nicht genannt werden. Ich habe heute sehr lange probiert, und auch gestern, dem hinterher zu recherchieren, im Akt steht gar nichts, die meisten Beamten waren damit auch nicht betraut. Ich habe jedenfalls einmal eruiert, dass es angeblich 7.000,-- Euro waren, die die Frau Kreuzberger dafür erhalten hat, dass sie ohnedies diese Leihgaben zur Verfügung stellt. Aber wie gesagt, das weiß man alles nicht so genau. Genau aus diesem Grund stelle ich hiermit den Antrag laut § 8 Abs. 2 lit. h) auf Verweisung dieses Punktes zur Vorbereitung in den Zuständigen Ausschuss um diese Fragen auch wirklich abzuklären.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, meine Damen und Herren, jetzt steht der Antrag zur Geschäftsordnung. Da hat jede Fraktion eine Wortmeldung.

MD-STV. PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Das geht nicht. Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung wird nur vor Eingehen in die Tagesordnung ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, Zuweisung an den Ausschuss.

MD-STV. PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Ach so, das geht natürlich schon.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Antrag zur Geschäftsordnung, Zuweisung an den Ausschuss. Was für ein Ausschuss bitte?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Meines Erachtens ist das der Finanz- und Rechtsausschuss.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Jawohl. SPÖ eine Wortmeldung? Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass dieser Antrag, der da gestellt wird, einfach so ein bisschen aus dem hohlen Bauch heraus gemacht wird, nur um den Gemeinderat etwas zu strapazieren. Ich meine, da wird ja nicht irgendetwas beschlossen was zu Unrecht geschehen ist. Ich möchte auch dazu sagen, dass es schon sehr wohl dem Bürgermeister zugestanden werden muss, dass er in Vertretung der Stadt die Gespräche und auch gewisse Aussichten hier in den Raum stellt und gewisse Aussichten machen muss. Ansonsten würde die Stadt unregierbar. Also, das ist ja unmöglich. Wie wir wissen, hat ja die Frau Kreuzberger wirklich großes Engagement, ein persönliches Engagement, das ich selbst auch erlebt habe, wo ich mir gedacht habe, so viel Idealismus wäre uns in manch anderen Bereichen zu wünschen. Ohne, dass sie irgendwo einen Schilling im vergangenen Jahr, in der vergangenen Saison, in den letzten zwei Jahren bekommen hat, hat sie sich dort aufgeopfert in einem Ausmaß, das ja wirklich nur Leute machen, die von ihrer Sache so begeistert sind. Ich glaube, dass auch der Betrag, von dem wir reden, sicherlich nicht überzogen ist. Es wird ja von allen Diskussionsrednern auch bestätigt, dass es touristisch doch eine gute Sache ist, dass diese Anlage und dieses Haus auch belebt wird. Aus diesem Grund werden wir, von unserer Fraktion, der Zuweisung an einen Ausschuss nicht zustimmen. Wir wollen da heute schon, dass diese Entscheidung getroffen wird. Wir werden aber dann in einem Zusatzantrag, damit das auch, wie der Herr Bürgermeister es gesagt hat, das ist auch die Absicht dabei, nicht dass wir hier eine Subvention, eine nicht rückzahlbare Subvention in einer Form bezahlen, wie wir das so bei Kultur- und Sportvereinen meinen, sondern, dass wir für den Teil, wo wir die Subvention leisten, dass diese Einrichtungen, diese Vitruinen und die Spiegel die geschaffen worden sind, im Ausmaß von diesen 24.000,-- Euro in einer Förderungsvereinbarung mit der Frau Kreuzberger abgesichert sind und diese im Eigentum der Stadt bleiben. Das geht aus dem Antrag nicht so ganz hervor, da haben sie Recht Frau Kollegin Frech. Das ist aber unsere Absicht gewesen, das ist auch die Absicht des Herrn Bürgermeisters gewesen. Ich werde anschließend dann hier schriftlich einen Zusatzantrag einbringen, damit das auch wirklich so abgesichert ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. ÖVP.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrtes Präsidium. Die Vorgehensweise bei der Genehmigung des doch beträchtlichen Betrages war sicherlich nicht richtig. Aber die ÖVP-Fraktion ist der Meinung, dass man in diesem Fall die falsche Person prügeln würde. Frau Kreuzberger wollte im März bereits alles hinschmeißen. Ihr Erfolg hat gezeigt, dass es gut war, dass sie es nicht hingeschmissen hat, weil die Besucherzahlen waren ja gigantisch. Sie müsste jetzt eigentlich noch weitere Monate auf ihr Geld, das ihr sicher zusteht, warten und da sprechen wir nicht von großartigen Einnahmen sondern von Sachaufwendungen. Deswegen ist die ÖVP auch für die Auszahlung des Betrages und nicht für die Weiterleitung an einen Ausschuss.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Die Grünen. Keine Wortmeldung. Herr Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste, werte Vertreter der öffentlichen Medien. Man muss einmal grundsätzlich zu dieser Thematik Folgendes feststellen. Nach mehrmaligen Anläufen kann man mit Fug und Recht behaupten, dass dieses Weihnachtsmuseum erstmals richtig funktioniert und dass aus unserer Sicht heraus es durchaus gerechtfertigt ist, dass man daher, weil es eben so gut funktioniert hat, weil entsprechende Aufwendungen von der Frau Kreuzberger getätigt worden sind, diese auch eine Unterstützung seitens der Stadt verdient. Wir werden uns folgendermaßen bei der Stimmabgabe verhalten, nachdem der Fraktionsobmann der Rathausmehrheit, der Kollege Bremm, hier dargelegt hat, dass es eine Zusatzvereinbarung geben wird, die also diesen Betrag den die Stadt Steyr zur Verfügung stellt absichert, werden wir selbstverständlich diesem Antrag auf Auszahlung dieses Betrages die Zustimmung geben und sind aus dieser Sicht her dagegen, dass diese Sache einem Ausschuss zugeleitet wird. Wie gesagt, es funktioniert gut, die Frau Kreuzberger hat entsprechende Auslagen gehabt und sie hat ein Anrecht darauf, dass sie eine gewisse Refundierung ihrer Auslagen bekommt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr Eichhübl. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung, Zuweisung in den Finanz- und Rechtsausschuss. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 1 (Bürgerforum Frech). Wer ist dagegen? SPÖ und ÖVP. Wer übt Stimmenthaltung? 3 (Die Grünen). Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Jetzt sind wir wieder im normalen Antrag. Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Damit wir keinen Formalfehler mehr machen. Zur Geschäftsordnung: Ich möchte hier den angekündigten Zusatzantrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates bringen. Also vorher den Antrag und dann den Zusatzantrag.

Zusatzantrag

gem. § 9 GOGR

Mit der Förderungsempfängerin, Frau Elfriede Kreuzberger, ist eine Vereinbarung dahingehend abzuschließen, dass die Stadt Steyr an der von Frau Kreuzberger getätigten Einrichtungsaufwendungen das Eigentumsrecht zumindest im Ausmaß der gewährten Subvention erwirbt.

Juristisch so formuliert, dass das auch für die Stadt im Ausmaß, was wir hier fördern, dass wir das im Eigentum erwerben, also, dass das im Eigentum der Stadt bleibt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wie willst du denn das machen? Schickst du dann einen Beamten hin, der das schätzt? Oder wie schaut das aus?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Da gibt es ja die Kosten. Die hat ja das investiert. Man weiß ja genau, wie viel die Spiegel, die Vitrinen udgl. gekostet haben. Die Frau Kreuzberger hat ja da Belege und Unterlagen dazu. Sie hat ja jetzt schon über mehrere Jahre investiert. Aber es lässt sich genau trennen, dass man sagt, diese Anzahl der Vitrinen macht den Betrag aus, den wir als Förderung heute beschließen und das bleibt im Eigentum der Stadt und alles andere gehört der Frau Kreuzberger, das bleibt in ihrem Eigentum, dann ist das so für uns abgesichert.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Vitrinen hätten wir ja schon genug.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber die passen nicht hinein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sie hat natürlich auch, muss man sagen, eine Arbeitsleistung erbracht. Sie hat mehr erbracht in den zwei Jahren und das bekommt sie eh nicht. Es geht eigentlich um die Teilung.

Wünscht jetzt zu diesem Zusatzantrag noch jemand das Wort? Frau Frech bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich meine, ich finde es ist zumindest ein kleiner Teilerfolg Herr Kollege Bremm, dass man zumindest jetzt bereit ist, diese Klausel hineinzunehmen, weil wie gesagt, im Amtsbericht war davon überhaupt nicht die Rede und ich frage mich schon, warum man das nicht gemacht hat, warum man da so locker-flockig über die Dinge drüber geht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Locker-flockig?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, schon irgendwie locker-flockig. Wie gesagt, diesen Zusatzantrag den finde ich schon einmal sehr sinnvoll. Allerdings was die Gesamtheit dieses Amtsberichtes anbelangt, ich werde diesbezüglich sicherlich nicht mitstimmen. Ich halte es jetzt einmal für besser als gar nichts, dass es diese Eigentums Geschichte gibt, aber einfach deshalb, weil ich mir denke ich kann es nicht verantworten, wenn ich auf der einen Seite in kulturellen Belangen bei sehr, sehr vielen Themen ständig sagen muss das Geld ist nicht da, wir haben es nicht, und in diesem Fall agiert man völlig anders. Ich meine, ich könnte das noch viel mehr ausführen, ich möchte es nicht, weil dann geht das irgendwie gegen die Frau Kreuzberger, gegen die ich nichts habe, aber auch in dem Amtsbericht sind eine Reihe von Sachen drinnen, die so nicht stimmen, wie sie dastehen. Aber ich möchte das jetzt nicht weiter ausführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen dann zur Abstimmung über den Hauptantrag, über die 24.000,-- Euro. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, FPÖ. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? 4 (3 GAL, 1 Bürgerforum Frech).

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Zusatzantrag. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, FPÖ. Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 4 (3 GAL, 1 Bürgerforum Frech).

Der Antrag wurde mit Mehrheit, samt dem Zusatzantrag, angenommen. Punkt 2) bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Punkt 2) ist die Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2003. Ihnen liegt ein umfangreicher Antrag über diese Darlehensaufnahme für dieses Rechnungsjahr vor und es hat im Vorfeld genaue Recherchen der Abteilung Finanzen gegeben. Ich bitte sie, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

2) Fin-100/02 Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 7. Januar 2004, wird folgenden Darlehensaufnahmen zugestimmt:

a) 10-jährige Darlehen:

Darlehensgeber: OÖ. Landesbank AG

Betrag und Laufzeit: maximal EURO 1.960.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren

Kondition: Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von + 0,12 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von + 0,08 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und/oder Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung zum Devisenmittelskurs ohne

Spanne.

b) 20-jährige Darlehen:

Darlehensgeber: Kommunalkredit Austria AG

Betrag und Laufzeit: maximal EURO 8.400.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren

Kondition: Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR mit einem Aufschlag von + 0,135 % bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von + 0,09 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung zum Devisenmittelkurs ohne Spanne.

Die o.a. Beträge stellen Maximalbeträge dar. Bei einem geringeren Bedarf wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt die jeweiligen Volumina entsprechend zu verringern.

Sollten aus wirtschaftlichen Gründen (Ausnützung von Prüffristen, Zahlungszielen, ect.) Teile der mit diesen Darlehen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 2004 zur Auszahlung gelangen, können Teile dieser Darlehen auch auf Rechnung 2004 zugezählt werden.

Aus verwaltungstechnischen Gründen können die o.a. Maximalbeträge auch auf mehrere Schuldscheine aufgeteilt werden.

Der o.a. Geschäftsbereich wird ermächtigt, die Darlehensbedingungen entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen bzw. Angeboten festzulegen.

Weiters wird der Geschäftsbereich für Finanzen im Hinblick auf ein aktives Darlehensmanagement ermächtigt, für gegenständliche Darlehen sämtliche notwendigen Zins-, Währungs- und sonstigen Dispositionen zu treffen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Dieser vorliegende Antrag auf Beschlussfassung einer Darlehensaufnahme in einer Größenordnung von mehr als 10 Mio. Euro für das Rechnungsjahr 2003 ruft keine besonders erfreulichen Erinnerungen in mir wach. Wahrscheinlich geht es dem einen oder anderen Gemeindemandatar ebenso wie mir, wenn er an den damit im Zusammenhang stehenden Nachtragsvoranschlag für das Rechnungsjahr 2003, den ja der Gemeinderat erst vor kurzem, nämlich im Dezember des vergangenen Jahres, behandelt hat, denkt. Da ist nämlich was sehr Eigenartiges passiert und ich erlaube mir, obwohl ich bereits anlässlich der Budgetdebatte für das laufende Jahr 2004 darauf hingewiesen habe, sie nochmals daran zu erinnern. Nämlich bis zu dem Zeitpunkt der Vorlage dieses von mir genannten Nachtragsvoranschlages, also bis Mitte Dezember des vergangenen Jahres, war die finanzielle Welt der Stadt Steyr, zumindest aus der Sicht und den Darstellungen der Rathausmehrheit, noch völlig in Ordnung. Man hat davon gesprochen, dass die Schulden geringer werden, dass die Rücklagen ausgebaut werden und dass man überhaupt auf einen Konsolidierungskurs sich befindet und wie gesagt die Stadtfinanzen in bester Ordnung sind. So weit, so nicht gut müsste man in diesem Fall sagen, denn der Rechnungsabschluss 2003 hat ja ein völlig anderes Bild gezeigt. Da hat es nämlich folgender Maßen ausgeschaut, dass im o. H. der Abgang von 3,8 Mio. auf 4,6 Mio. Euro angehoben werden musste. Im ao. H. betrug die Erhöhung 8.947.400,-- Euro durch Verschiebung von geplanten Vorhaben in andere Perioden durch Ausgaben für Behebung von Hochwasserschäden, das muss man auch hier sehr klar und deutlich sagen, und für die Durchführung von nicht vorgesehenen Vorhaben. Der Darlehensstand wurde von 38.964.000,- Euro auf 58.751.000,-- Euro angehoben. Der Rücklagenstand hingegen wurde auf 5.269.000,-- Euro sehr massiv gekürzt. Die Gründe für diese negative Budgetentwicklung waren ja zum einen, aufgrund von eigenen, sehr kostenintensiven Vorhaben, wenn ich hier einige nennen darf, dann ist das der Ankauf von Grundstücken in der Unterhimmler Au, die Errichtung der Sporthalle am Tabor, die Errichtung des Alten- und Pflegeheimes im Bereiche Münchenholz, das ja in Kürze oder zumindest heuer fertiggestellt werden soll, und auch war feststellbar, und das soll man bei jeder Gelegenheit auch sagen und nicht verhehlen, dass die Belastung vonseiten des Landes durch immer höher werdende Abgaben aber durch immer geringer werdende finanzielle Rückflüsse an die Stadt geprägt war.

Zwischenruf: Vom Bund auch!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Vom Bund kann man, was das Rechnungsjahr 2003 betrifft das nicht in dem Ausmaße behaupten, denn die Zahlen sagen ja ein anderes Bild aus, dass man nämlich um etwa 0,5 Millionen Euro mehr vom Bund erhalten hat, als man tatsächlich erwartet hat. Vielleicht schaut es jetzt 2004 aufgrund verschiedener Maßnahmen vonseiten des Bundes doch etwas anders aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese finanzielle Gesamtsituation in der sich die Stadt Steyr befindet hatte natürlich und hat Auswirkungen auch auf das Budget und die Erstellung des Budgets für das Jahr 2004. Einerseits mussten massive Einsparungsmaßnahmen festgeschrieben werden und anstehende Vorhaben konnten nicht durchgeführt werden, auch vermutlich in den nächsten Jahren nicht. Andererseits war eine weitere Auflösung der Rücklagen, die nunmehr eigentlich auf Null stehen, kann man behaupten, notwendig und vor allen Dingen eine weitere massive Anhebung des Schuldenstandes. Am Beginn des Jahres 2003 war dieser Schuldenstand bei rund 40 Mio. Euro, am Ende dieses Jahres werden die Schulden der Stadt Steyr mehr als 70 Mio. Euro betragen. Diese enorme Steigerung, das habe ich ebenfalls bereits bei der Budgetdebatte zum Ausdruck gebracht, aber das kann man und soll man auch wiederholen, ist mehr als besorgniserregend. Der negative Trend, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ja auch heute wieder vorangeführt, wenn man feststellt, dass es eine Reihe von Anträgen gibt, die nur durch neuerliche Darlehensaufnahmen umgesetzt werden können. Erstaunlich ist, dass sogar für die Bezahlung der Anschlussgebühren für die neu errichtete Sporthalle am Tabor ein Darlehen in der Höhe von 146.500,-- Euro aufgenommen werden muss. Es ist noch etwas festzustellen, dass nämlich für die sicher sehr wichtige Anschaffung, und das betrifft den letzten Tagesordnungspunkt, für eine neue digitale Röntgenanlage, die im Voranschlag 2004 nicht vorgesehen ist, ebenfalls eine Darlehensaufnahme von 153.324,-- Euro zur Abdeckung herangezogen werden muss. Diese Beispiele zeigen wohl sehr deutlich auf, in welchem engen finanziellen Spielraum wir uns jetzt und in Zukunft bewegen können und bewegen müssen.

Auf die finanzielle Entwicklung dieses Jahres, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird man besonders Bedacht nehmen müssen, denn gerade von diesem heurigen Jahr werden auch die kommenden Budgets in Abhängigkeit sein und wird vor allen Dingen sehr entscheidend sein, ob man dieses festgeschriebene Budget auch grundsätzlich einhalten kann, denn sonst wird es in den kommenden Jahren noch enger werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wir haben ja dem Nachtragsvoranschlag 2003, obwohl nicht alle Budgetvereinbarungen, Herr Bürgermeister, die wir getroffen haben, umgesetzt wurden und von der Mehrheitsfraktion eingehalten wurden, die Zustimmung gegeben, obwohl, das sage ich auch dazu, wir mit einigen anderen Dingen auch nicht einverstanden gewesen sind, wir haben immer darauf hingewiesen, aber wir haben trotzdem diesem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung gegeben, weil wir eben sehr viele Beschlüsse mitgetragen haben, im Interesse der Bürger unserer Stadt. So halten wir es auch jetzt und heute bei dieser Abstimmung, wir werden dieser Darlehensaufnahme aus genannten Gründen die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist ein Schlusswort gewünscht?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, lieber Roman Eichhübl, ich gebe dir natürlich in sehr vielen Punkten Recht, die finanzielle Situation der Stadt ist natürlich nicht angenehm und du kannst dir vorstellen, wie es mir hin und wieder geht. Ich bin jetzt frisch gewählter Bürgermeister mit großer Zustimmung der Bevölkerung und ich würde gerne das eine oder andere schöne Projekt der Stadt Steyr umsetzen und ich muss fast täglich Leute bei mir empfangen und denen dann kurz vor dem Hinausgehen sagen, wissen sie eh, die finanzielle Lage erlaubt mir eine zusätzliche Ausgabe einfach nicht. Ich könnte da einige Beispiele anführen. Ich möchte vielleicht auf das Argument vom Roman eingehen, wo wir gesagt haben, bei den Budgetverhandlungen des vorvergangenen Jahres, wo es um das Thema Taborkreuzung z. B. gegangen ist, wo das Land OÖ zu mir sagt, ja, ihr könnt es sofort bauen, ihr könnt es bauen, aber von uns bekommt ihr das Geld erst 2007/2008. Also, wenn wir das noch investiert hätten, das wären noch einmal, in Schilling ausgedrückt, 20 bis 30 Millionen mehr die an Ausgaben da angefallen wären und wo wir das Geld erst 2008 vielleicht bekommen hätten. So gibt es eine Reihe von Projekten die wir nicht machen können, weil das Geld einfach nicht da ist, weil wir immer weniger Ertragsanteile bekommen. Wenn man sich nur die vergangenen Wochen anschaut, wo ja eine Steuerreform von der Bundesregierung beschlossen worden ist wo wieder zu befürchten ist oder wo wir schon relativ genau wissen, dass es um einen Betrag von 1,5 Mio. Euro ca. gehen wird, die wir weniger bekommen

werden an Ertragsanteilen, alleine aufgrund dessen, dass die Körperschaftssteuer für die Betriebe im entsprechenden Maß abgesenkt worden sind. Also, das sind so einige Punkte, die die Sache zusätzlich noch erschweren. Wenn ich an das gestrige Gespräch mit dem Pfarrer Kronsteiner denke, der für sein Bruderhaus dringendst eine Unterstützung von 215.000,-- Euro bräuchte und wieder bei mir vorsprechen war und ich kann ihm das nicht zusagen, dass er das bekommt, dann tut mir auch das Herz weh, wenn ich das nicht machen kann, aber ich kann es beim besten Willen nicht. So ist die Situation und ich bitte jetzt über den Antrag dieser Kreditaufnahme abzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, FPÖ, GAL. Ist jemand dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? 1 (Bürgerforum Frech). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem 3. Antrag geht es um die Abtretung der Geschäftsanteile der TIG GmbH an die FAZAT Steyr GmbH an die Stadt Steyr, um Fusion der FAZAT GmbH mit der TIC GmbH. Für diejenigen Damen und Herren, die ja bei diesen Aufsichtsratssitzungen dabei waren, in den vergangenen Jahren ist ja das ein relativ klarer Sachverhalt, d. h., wir haben sehr viele Parallelläufe in diesem Bereich gehabt und wir haben eigentlich den langjährigen Wunsch schon immer gehabt hier Zusammenlegungen vorzunehmen. Wir sind jetzt soweit, dass wir eine Zusammenlegung vornehmen wollen. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Es ist natürlich notwendig gewesen, dass wir uns genau für diese Übernahme entsprechend beraten haben lassen müssen, weil es ja ein nicht so einfaches Rechtsgeschäft darstellt.

3) Fin-108/98 Abtretung der Geschäftsanteile der TIG GmbH an der FAZAT Steyr GmbH an die Stadt Steyr und Fusion der FAZAT Steyr GmbH mit der TIC Steyr GmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 8. Januar 2004, wird von der Technologieimpulse Gesellschaft zur Planung und Entwicklung von Technologiezentren GmbH (TIG), Grillparzerstraße 7, 1010 Wien, deren Gesellschaftsanteil an der Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik – FAZAT Steyr GmbH – zum Nominalwert von € 12.458,-- übernommen und der Abtretung von Gesellschaftsanteilen des Vereins FAZAT Steyr an der FAZAT Steyr GmbH an die OÖ. Technologie- und Marketing Gesellschaft die Zustimmung erteilt sowie die Fusion der FAZAT Steyr GmbH auf die TIC Steyr GmbH genehmigt.

Zu diesem Zweck werden bei VAS 5/782000/775010 Mittel in der Höhe von € 12.500,-- für das Rechnungsjahr 2003 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu meinem nächsten Punkt, das sind die Europäischen Wissenschaftstage, die ja heuer wieder stattfinden sollen. Die Themen sind im Antrag relativ genau erläutert. Es geht hier um einen Betrag in der Höhe von 70.400,-- Euro. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

4) Präs-929/93 Europäische Wissenschaftstage 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 1. Dezember 2003 wird für die Durchführung der „Europäischen Wissenschaftstage 2004 in Steyr“ ein Subventionsbetrag in Höhe von € 70.400,-- bei der VAS 1/289000/757300 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich finde es sehr gut, dass es diese Veranstaltung der Europäischen Wissenschaftstage gibt, ich möchte aber anregen, nachdem es dieses Mal bereits das sechste Mal ist, dass man sich vielleicht jetzt wirklich einmal überlegt ob man nicht eine Art Evaluierung durchführt, nämlich auch um festzuhalten, was bringt uns jetzt diese Veranstaltung wirklich an Zahlen, Daten, Fakten, an Umwegrentabilität, an Synergieeffekten usw., weil immerhin geben wir jedes Mal rund 1 Million Schilling dafür aus und da wäre es sicherlich einmal zielführend auch eine Evaluierung vorzunehmen bzw. vielleicht zu schauen ob man nicht diese Wissenschaftstage ein bisschen noch verstärkt auch einbinden kann in kulturelles Geschehen usw. um da zusätzliche Effekte noch zu nutzen. Selbstverständlich werde ich dem Antrag meine Zustimmung geben, würde sie aber nur bitten, da hat der Freud wahrscheinlich ein bisschen zugeschlagen, das hätte mich auch sehr gefreut, wenn das in Steyr stattfinden würde, tut es aber nicht, im Antrag steht drinnen „die Durchführung der Europäischen Wirtschaftstage“. Ich würde mich auch sehr freuen, wenn die „Europäischen Wirtschaftstage“ in Steyr stattfinden, aber es sind die Wissenschaftstage.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, das werden wir selbstverständlich umbessern. Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Europäischen Wissenschaftstage sind meiner Meinung nach ein sehr wichtiger Beitrag der Stadt Steyr für internationale Bildungslandschaft. Wer sie in den letzten Jahren besucht hat bzw. einzelne Veranstaltungen besucht hat, hat erkannt, oder hat hoffentlich gesehen, was für renommierte Wissenschaftler da in Steyr sind. Ich glaube wir können auch mit Stolz sagen, dass wir die Wissenschaftstage hier in Steyr haben. Ich möchte mich aber am 2. Teil der Ausführung der Kollegin Frech anschließen bzw. auch mein Appell an die Stadt Steyr richten. Wenn man es vergleicht, ähnliche Veranstaltungen wie z. B. in Altbach, dann würde ich mir schon wünschen, dass wir als Stadt Steyr diese Wissenschaftstage viel stärker in das gesellschaftliche Leben der Stadt integrieren. Mein Eindruck ist der, dass diese Wissenschaftstage relativ abgehoben im Museum Arbeitswelt oder im Wehrgraben stattfinden. Die Allgemeinheit, die über einzelne Presseaussendungen und in den Medien ein bisschen was mitbekommt, aber so wirklich ins Bewusstsein der Stadt Steyr sind die Wissenschaftstage noch nicht vorgedrungen. Auch wenn es Ansätze gegeben hat durch einzelne Vorlesungen die auch öffentlich zugänglich sind und nicht nur für das Fachpublikum zugänglich sind, hier das aufzuweichen, denke ich mir, dass man in Zukunft durch ein kulturelles Rahmenprogramm vielleicht auch mehr öffentliche Veranstaltungen, wo es auch den Zugang für eine breitere Öffentlichkeit gibt, diese Wissenschaftstage zu öffnen. Ähnlich ist es in Altbach auch immer, dass es da sehr viele Veranstaltungen gibt, auch sehr viele Journalisten anreisen, wo auch sehr viele Studenten anreisen und da könnte der Mehrwert für die Stadt sicher größer sein. Die 70.000,- Euro die wir investieren sind auf alle Fälle gut investiert. Da gibt es überhaupt kein Problem. Aber vielleicht in Zukunft die Überlegungen, auch intern bei uns, wie man diese Wissenschaftstage noch besser präsentieren könnte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort?. Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, selbstverständlich nehme ich diese Anregung gerne auf, diese Wissenschaftstage vielleicht noch mit anderen Veranstaltungen, mit Kulturveranstaltungen und sonstigen Aktivitäten anzuregen. Ich glaube, dass das durchaus eine sinnvolle Sache ist. Wir haben, wie sie wissen, genau zu dieser Zeit ja das Musikfestival in Steyr. Ich werde aber auch mit unserem Citymanager, mit dem Herrn Pech, über dieses Thema noch einmal diskutieren und werde ihm auch den Tipp geben, ob man nicht irgendwelche Aktivitäten genau zu dieser Zeit noch machen sollten, die das Ganze noch bereichern. Zum Thema evaluieren, einer Nützlichkeit so einer Veranstaltung, das ist natürlich ein schwieriges Thema, weil das ja alles sehr abstrakte Themen sind und sehr schwer greifbare Themen. Aber da muss ich schon dem Kupfer Andy Recht geben, die Bedeutung für die Region ist natürlich gegeben. Es ist natürlich eine Imageverbesserung der Stadt und so etwas lässt sich halt einmal schwer messen oder irgendwo noch genauer evaluieren. Ich bitte nun um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltung? Gegenstimmen? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme nun zu meinem 5. Punkt, Stadtwerke Steyr, Investitionskostenzuschuss für Stadtbadsanierung und Infrastrukturmaßnahmen bei den Verkehrsbetrieben. Es geht hier um einen Zuschuss in der Höhe von 445.000,-- Euro für das Rechnungsjahr 2003. Diese Summen werden natürlich entsprechend sinnvoll und gut eingesetzt. Ich bitte auch diesem Antrag zuzustimmen.

5) Fin-295/03 Stadtwerke Steyr; Investitionskostenzuschuss für Stadtbadsanierung und Infrastrukturmaßnahmen bei den Verkehrsbetrieben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 22. Dezember 2003, wird den Stadtwerken Steyr zur Sanierung des Stadtbades und für Investitionen im Infrastrukturbereich der Verkehrsbetriebe ein Investitionskostenzuschuss in der Höhe von Euro 445.000,-- gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei VAS 5/879000/779000 ein Betrag in der Höhe von € 445.000,-- für das Rechnungsjahr 2003 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 445.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ein sehr wichtiger und sehr sinnvoller Antrag, der Herr Bürgermeister hat bereits darauf hingewiesen, der aus dem Jahre 2003 noch stammt, deswegen habe ich mich entschlossen vor sie hinzutreten und das auch zu begründen, denn die Wichtigkeit dieses Antrages wird ja damit begründet, dass einerseits im Bereich des Stadtbades und andererseits bei den Verkehrsbetrieben wieder neue Impulse gesetzt werden können. Nachdem dieser Antrag aber auf eine Position und zwei Bereiche betreffend zusammengefasst ist, erlaube ich mir, auf ein paar Details hinzuweisen. Denn laut Bedeckung des Investitionsplanes der Stadtwerke für 2003, dieser Investitionsplan wird ja bekanntlich gemeinsam mit dem Budget vom Gemeinderat beschlossen, sieht vor einen Zuschuss für das Stadtbad in Höhe von € 155.000,-- und für den Verkehrsbetrieb € 581.000,--. Das sind insgesamt € 736.400,--. Die gleichen Beträge, darf ich hier anmerken, finden sich auch im Budget 2004. Für 2003 hat man ja bereits für den Ankauf eines Citybusses € 291.000,-- beansprucht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Zahlen die ich jetzt genannt habe, die aufgeteilt sind, wie gesagt € 155.000,-- im Jahr 2003 und im Jahr 2004 ebenfalls, für die Stadtbadsanierung, stehen folgende Zahlen gegenüber. Nämlich vor allen Dingen die Planungskosten für eine längst fällige Freibadsanierung im Hochbau von € 109.000,-- und für die Statik von € 49.800,--. Die Planungskosten für die Haustechnik und die Baukoordination werden ja dann nach Bedarf und Beschlussfassung freigegeben, weil ja dieser Betrag von 133.200,-- Euro dann investiert wird, wenn nach entsprechenden Bauetappen dort Maßnahmen gesetzt werden. Insgesamt sind ja vier Sanierungs- und Bauetappen im Bereiche des Freibades notwendig. Diese deshalb, um auch entsprechend budgetschonend für die Stadt Steyr, die ja diese Investitionen zu tragen hat, vorgehen zu können. Diese Gesamtkosten der vier Etappen belaufen sich auf 3,53 Mio. Euro, das darf ich auch in Erinnerung rufen, und davon sind laut Beurteilung des Landes 2.757.000,-- Euro förderbare Investitionskosten. Die erste Bauetappe umfasst folgende Maßnahmen. Ich möchte sie nicht langweilen, aber das auch in Erinnerung rufen, weil es doch sehr wichtig ist und da auch der neue Referent entsprechende Unterstützung braucht, denn diese Maßnahmen sind wirklich unumgänglich und raschest notwendig im städt. Freibad, weil sie ja sicherlich alle wissen, dass vor allen Dingen die Gebäude in einem sehr desolaten Zustand sind, seit Jahren, vor allen Dingen das letzte Gebäude ist ja seit Jahren bereits mit Absicherungsmaßnahmen ausgestattet und das trägt natürlich nicht besonders zum Gesamtbild bei. Die erste Bauetappe wie gesagt umfasst erstens die Errichtung der Baustraße. Dort soll dann eine Esplanade errichtet werden, 2. Hochbausanierung der Objekte C, D und F sowie 3. den Abbruch des Objektes G, 4. die bestehende Solaranlage, die sich ja in zwei Gebäuden, die ich jetzt genannt habe, befindet, soll jetzt auf dem Dach des Hallenbades montiert und installiert werden und schlussendlich Punkt 5) auch, die Errichtung eines neuen Kinderbeckens, 6. die Sanierung des WC's im bestehenden Restaurantgebäude und 7. eine Errichtung von einer Verbindungsbrücke zwischen dem Sportbecken

und dem Büfettgebäude im Objekt E. Die Kosten für diese erste Bauetappe, für diese ersten Maßnahmen die ich nun genannt habe, betragen 817.000,-- Euro. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin gleich fertig. Warum sage ich das jetzt alles? Weil ich auch die Chancen herausstreichen möchte, was die Realisierung für dieses heurige Jahr betrifft. Diese Chancen sind meiner Meinung nach nicht sehr hoch sondern eher sehr gering. Und zwar deshalb, weil ja die Stadt Steyr die Finanzmittel für diese erste Sanierungsetappe und auch für die weiteren Sanierungsetappen davon abhängig gemacht hat, inwieweit tatsächlich eine Zusicherung des Landes über eine 40%ige Förderungshöhe eintrifft. Im September des vergangenen Jahres, nur damit man weiß, welchen Stand wir momentan mit unserem Sanierungsbegehren einnehmen, waren noch 74 Ansuchen von Badsanierungen anderer Gemeinden beim Land OÖ offen. Derzeit stehen wir mit unserem Förderungsbegehren an zehnter Stelle. Was das vom Zeitablauf bedeutet, brauche ich nicht näher zu erläutern, ich darf sie nur an die Sanierung des Hallenbades erinnern. Dennoch darf ich nochmals hier unterstreichen, ist es absolut unumgänglich notwendig, nicht nur im Bereich des anderen Schwimmbades, dessen Erhaltung sicherlich auch notwendig ist, aber im stadt eigenen Schwimmbad Sanierungsmaßnahmen zu setzen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, letzter Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem letzten Punkt geht es um das TIC Steyr, um die Förderung von Zusatzinvestitionen. Sie kennen ja das schöne Gebäude im Stadtgutbereich. Da hat es am Anfang und auch bis in das letzte Jahr hinein immer wieder Probleme mit der Temperaturbelastung in den verschiedenen Räumlichkeiten gegeben. Es war auch notwendig, aufgrund dessen, dass dieses Gebäude jetzt zu 100 % ausgelastet ist, dass ein entsprechender Gastronomiebereich geschaffen worden ist. Diese Kosten konnten nicht auf die Mieter dieser Firmen umgewälzt werden, sodass es eine Einigung zwischen TIC und der TMG gab, dass diese Kosten geteilt werden und je 112.300,-- Euro durch die zwei Gesellschafter aufgebracht werden. Ich bitte dieser Förderung dieses Gründerzentrums zuzustimmen.

6) Fin-108/98 TIC Steyr GmbH; Förderung von Zusatzinvestitionen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 5. Januar 2004, wird der TIC Technology & Innovation Center Steyr GmbH., für die Zusatzinvestitionen im Jahr 2003 im Bereich der Gebäudekühlung und der Gastronomie ein Investitionskostenzuschuss in der Höhe von € 112.300,-- aufgeteilt jeweils zur Hälfte auf die Jahre 2004 und 2005 gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei VAS 5/789000/775000 ein Betrag in der Höhe von € 112.300,-- für das Rechnungsjahr 2004 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bürgermeister Forstenlechner hat es ja schon angesprochen, das sind zum Teil Nachrüstaktionen die unbedingt notwendig sind, weil die Klimaanlage, wir wissen alle, dass es ein Raumklima gegeben hat wo die Server alle ausgestiegen sind, dass es also nicht mehr möglich war wirklich vernünftig in diesem Haus zu arbeiten. D. h., das unterstützen wir selbstverständlich. Ich habe mich allerdings im TIC-Ausschuss und auch im Stadtsenat gegen diesen Antrag ausgesprochen, weil ich mit dem zweiten Teil dieser Investitionen, das betrifft die Gastronomie, nicht einverstanden bin. Und zwar deswegen, weil alle Erfahrungen, die auch in anderen Technologiezentren gemacht wurden mit der Gastronomie, eine negative Erfahrung war und wir auch im FAZAT-Gebäude, unten im Wehrgraben, ja schon einmal das Desaster mit der Gastronomie miterlebt haben. Die Tendenz in den Technologiezentren geht eindeutig nicht in eine fixe Gastronomieeinrichtung, sondern rein in einen Büfettbetrieb, teilweise sogar mit Automatenbetrieb, weil die Auslastung einfach nicht gegeben ist. D. h., ich fürchte, dass ein Grossteil dieser Investition auch hier etwas ist, was wir über kurz oder lang abschreiben müssen. Ich glaube nicht, dass wir gerade in Zeiten wo wir alle sagen das Budget ist knapp und wir ja wissen,

dass die TIC GmbH. das nicht aus Eigenmitteln finanzieren kann, dass wir so locker damit umgehen sollen. Ich habe mich darum eben im Stadtsenat auch der Stimme enthalten und wir werden das heute auch so machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, Herr Mayrhofer, sie haben natürlich schon die eine oder andere Erfahrung miterlebt. Ich bin mir auch nicht ganz sicher, ob dieser Bereich der Gastronomie gut funktionieren wird, das werden wahrscheinlich die Betreiber selbst auch noch nicht wissen. Das ist einmal ein Versuch, dass man in diese Variante einsteigt. Aber es gibt im Umfeld des TIC genug Firmen, die diesen Bereich benützen könnten. Ich hoffe, dass das eine sinnvolle und gute Investition ist. Ich bitte daher darüber abzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ, GAL. Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 7 (6 ÖVP, 1 Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seine Berichte und gebe ihm den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übernehme den Vorsitz und wir kommen gleich zum nächsten Berichterstatter und das ist in diesem Fall die Frau Vzbgm. Mach. Ich bitte um die Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um die Übertragung der Hauskrankenpflege des Magistrates an die Volkshilfe. Ich möchte vorausschicken, es waren ja da ein paar Gerüchte im Umlauf, es steht zwar eh im Amtsbericht drinnen, dass der Verein Vita Mobile sieben Personaleinheiten hat, die Volkshilfe zwei. Der Grund steht auch im Amtsbericht drinnen nämlich, da wir im Münichholz betreutes Wohnen bauen und da es unbedingt notwendig ist einen Betreuungsvertrag nach Linz zu schicken damit wir einen 100 %ige Förderung bekommen, ist es auch notwendig, die zusätzliche Personaleinheit der Volkshilfe zu geben. Ich möchte aber aus vorausschicken, dass die Wahlfreiheit nach wie vor in diesem Bereich gegeben ist. Der Antrag lautet:

7) SH-3/03 Übertragung der Hauskrankenpflege-Personaleinheit des Magistrates an die Volkshilfe Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 12. 12. 2003 wird die mobile Hauskrankenpflege des Magistrates der Stadt Steyr mit 6. Februar 2004 eingestellt, die dadurch freiwerdende Personaleinheit wird ab 7. Februar 2004 der Volkshilfe Steyr, Punzerstraße 39, 4400 Steyr zuerkannt.

Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von € 46.262,81 werden bei der VASSt. 1/424000/757100 freigegeben.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Der erste Teil des Antrages, dem kann ich vollinhaltlich zustimmen nämlich, dass man diese Personaleinheit der Hauskrankenpflege, die bisher beim Magistrat gelegen ist, nicht mehr nachbesetzt sondern überträgt. Einfach schon deshalb, weil die Hauskrankenpflege des Magistrates nur von Montag bis Freitag zur Verfügung steht und ein Großteil von Leistungen aber auch am Wochenende erfolgen muss und das über diese Magistratseinheit nicht funktioniert.

Beim zweiten Teil kann ich da nicht mehr mitgehen. Ich darf ihnen auch diesbezüglich einen Abänderungsantrag überreichen den ich ihnen hiermit auch zur Kenntnis bringe.

Laut vorliegendem Antrag soll die Hauskrankenpflege-Personaleinheit an die Volkshilfe Steyr übertragen werden, weil die Nachbesetzung der Hauskrankenschwester bei der Stadt Steyr nicht mehr sinnvoll erscheint. Dazu ergeht folgender Abänderungsantrag.

Abänderungsantrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die mobile Hauskrankenpflege des Magistrates der Stadt Steyr wird wie vorgesehen eingestellt. Die dadurch freiwerdende Personaleinheit wird jedoch dem mobilen Hilfsdienst (Miteinander GmbH) übertragen.

Es gibt dafür drei Begründungen.

Der erste Punkt lautet:

Der mobile Hilfsdienst ersucht bereits seit Jahren um die Zuteilung einer Hauskrankenpflege-Personaleinheit, wurde aber immer wieder vertröstet, unter anderem auf jenen Zeitpunkt, wenn es einmal zur Auflösung der Hauskrankenpflege des Magistrates kommen sollte. Dieser Fall ist nunmehr eingetreten. Wenn sie sich erinnern können, in früheren Jahren, da war die Volkshilfe noch nicht aktiv, hat der MOHI schon angesucht um eine Einheit im Bereich der Hauskrankenpflege. Die ist aber dann, wie die Volkshilfe im Münichholz installiert wurde, der Volkshilfe gegeben worden. Damals hat man eben durchaus dem Verein in Aussicht gestellt, dass, wenn einmal diese Hauskrankenpflege frei wird, er zum Zug käme.

Zweiter Punkt:

Es ist im Sinne eines ganzheitlichen Angebotes, für die Hilfebedürftigen für einen mobilen Dienst von hoher Bedeutung, nicht nur mobile Altenhilfe, sondern auch Hauskrankenpflege anzubieten um die Klienten bestmöglich versorgen zu können. Der mobile Hilfsdienst ist die einzige mobile Betreuungseinrichtung in Steyr ohne einer einzigen Personaleinheit im Bereich der Hauskrankenpflege. Alle anderen Anbieter haben bereits eine Personaleinheit oder mehr, der mobile Hilfsdienst ist der Einzige der keine hat aber trotzdem eine brauchen würde.

Dritter Punkt:

Vor einigen Jahren ist hier in Steyr festgelegt worden, dass es eine stadtteilmäßige Zuordnung der mobilen Dienste geben soll. Der Stadtteil Tabor sollte von Vita Mobile, Münichholz von der Volkshilfe und die Ennsleite vom mobilen Hilfsdienst aus betreut werden. Argumentiert wurde dabei unter anderem mit den Fahrt- und Zeitkosten die entstünden, wenn jeder mobile Dienst Klienten in jedem Stadtteil betreuen würde. Der Argumentation kann man sich jetzt anschließen oder nicht, aber es ist eine Argumentation die seitens des Magistrates gekommen ist. Gerade wenn man dieses Argument im vorliegenden Fall heranzieht, macht es eigentlich wenig Sinn, wenn die Volkshilfe vom Münichholz aus die Ennsleite nunmehr mitbetreuen soll. Gerade der Stadtteil Ennsleite lässt sich wohl am besten von der Ennsleite aus betreuen. Es steht im Amtsbericht so drinnen.

Also ich würde sie bitten, diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, wir können dem Argument der Frau Vizebürgermeisterin in der logischen Denkweise folgen. Es gibt aber schon ein Problem und auf das möchte ich hinweisen. Die Vertretung für die Krankenschwester der Stadt hat die Jahre vorher bis zu 95 % Vita Mobile übernommen. Aus dem Grund hatte auch Vita Mobile die Hoffnung, dass sie diese Personaleinheit zugesprochen bekäme. Wir können dem Argument folgen, dass bei zwei Personaleinheiten, so wie es auch im Sozialausschuss dann abgehandelt wurde, die Vertretung wiederum noch Schwierigkeiten machen wird. Und um eine sichere Krankenvorsorge und Krankenbehandlung auch durchführen zu können, drei Personaleinheiten sicher besser sind als zwei, dem können wir zustimmen. Daher werden wir dem Antrag auch unsere Zustimmung geben. Wir möchten aber ganz präzise hinweisen und ersuchen, dass die Frau Vizebürgermeisterin sehr wohl

beim Land hinweisen möchte, dass die Bedürfnisse, gerade auch in der Krankenpflege, für unsere mobilen Dienste sehr, sehr ansteigend sind und man wirklich eine neue Personaleinheit für die Stadt brauchen müsste und diese neue Einheit dann wirklich auch Vita Mobile bekommen sollte, die ja wirklich seit 25 Jahren sich bestens um die Kranken bemühen.

Damit komme ich aber auch zum Abänderungsantrag. Dem Abänderungsantrag können wir nicht zustimmen, aus zwei Gründen. Erstens glaube ich ist ein Fehler drinnen, wo steht, es wurde festgelegt, dass es die stadtteilmäßige Zuordnung gegeben hat. Das stimmt nicht. Dagegen haben wir uns im Gemeinderat ganz vehement ausgesprochen. Wir haben gesagt, wir empfehlen die Betreuer in den Stadtteilen, weil vom Verkehr her die Nähe gegeben ist, aber grundsätzlich muss die Wahlfreiheit bestehen bleiben. Das ist der erste Grund, warum wir hier nicht zustimmen können. Der zweite Grund ist genau der, mit dem wir ja die stadtteigene Krankenschwester aufgeben mit einer Personaleinheit, wird es sinnlos in der heutigen Zeit, weil wir weder Krankenstand noch Urlaub noch Wochenenddienst durchführen können. Daher noch einmal die Bitte an die Frau Vizebürgermeisterin wirklich das Ersuchen im Land vorzubringen, dass wir um eine Personaleinheit noch mehr bekommen, weil der Bedarf einfach steigt. Ich denke sogar, dass eine Personaleinheit zu wenig sein wird, aber grundsätzlich können wir uns dem Denken anschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, im Abänderungsantrag von der Frau Kollegin Frech ist unter anderem auch angeführt, dass vor einigen Jahren die Stadt sozusagen aufgeteilt wurde. Wir haben das damals abgelehnt und werden auch aus diesem Grund heute bei dieser Linie bleiben und dem Hauptantrag nicht die Zustimmung erteilen. Wir können uns aber auch mit den Vorstellungen vom Herrn Lengauer und vor allem von der Frau Frech nicht ganz anfreunden, weil man will sozusagen das eine mit dem anderen jetzt austauschen und nach alter Proporzmanier in Steyr halt das eine mit dem anderen ersetzen. Wenn schon, dann sollte man das ausschreiben, aber nicht statt der Volkshilfe soll das der MOHI bekommen, weil wahrscheinlich die Frau Kollegin Frech aus bekannten Gründen mit verschiedenen Personen ein Naheverhältnis hat. Dann kommt der Kollege Lengauer und sagt, nein, wir sollen es lieber dort machen, weil dort sitzen unsere Leute drinnen. Wir lehnen diese Politik grundsätzlich ab. Wir haben das seinerzeit bei der Aufteilung der Stadt in Schwarze und Rote, und jetzt vielleicht in Mohiteile, ebenfalls getan und wir werden auch heute bei dieser Meinung bleiben.

GR Monika Freimund kommt um 15.30 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Frau Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Herr Kollege Lengauer, sie dürften da etwas missverstanden haben, d. h. nicht, dass ich dafür bin, dass es diese stadtteilmäßige Aufteilung gibt, ganz im Gegenteil, ich habe mich damals sehr massiv für diese Wahlfreiheit stark gemacht. Es ist nur als Argument herinnen, weil wir ja wissen, de facto gibt es diese Zuordnung. Das kann keiner hier herinnen bestreiten, Münchenholz ist de facto größtenteils Volkshilfe usw.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das wäre ja unwirtschaftlich.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Mit dem ist immer argumentiert worden. In diesem konkreten Fall denke ich mir geht es darum, was macht Sinn. Es macht sicherlich Sinn, einem Verein, der bisher keine Personaleinheit im Bereich der Hauskrankenpflege hatte, aber für seine Klienten ein ganzheitliches Angebot anbieten will, dass ich diesem Verein einmal mit einer Personaleinheit ausstatte. Dieses Argument, das im Ausschuss auch gekommen ist, na ja, mit einer fangen sie eh nichts an, das finde ich ein bisschen eigenartig, weil dann kommen die nie zu dieser Einheit Hauskrankenpflege, weil von Null, wenn man immer sagt die haben bis jetzt nichts gehabt, eine ist auch zu wenig, dann kommen sie nie zu einer zusätzlichen Personaleinheit.

Herr Kollege Payrleithner, ich verstehe es schon, sie können nicht immer auf dem Laufenden sein,

wenn sie da jetzt irgendwo ansprechen möchten, dass ich da irgendwelche Nahebeziehungen habe. Ich kann sie beruhigen, sollten sie den Herrn Glaser gemeint haben, dann ist er schon lange nicht mehr für Steyr tätig und hat damit überhaupt nichts zu tun. Ich habe mich für diese Themen schon interessiert da habe ich den Herrn Glaser noch gar nicht gekannt. Also, das ist ein lächerliches Argument.

Wie gesagt, gerade wenn sie jetzt, das möchte ich noch ganz kurz anschneiden, weil es mir wichtig ist, auch in Richtung dieser Wahlfreiheit um zumindest was zu verhindern, was man derzeit anscheinend plant. Ich würde sie bitten, gerade sie, geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, sich dafür einzusetzen, dass nicht jene Idee jetzt umgesetzt wird, die anscheinend da herumgeistert nämlich, dass jene Personen die dann im neuen Alten- und Pflegeheim im Münichholz im Bereich betreubares Wohnen einen Mietvertrag unterschreiben, dass man den daran koppelt, dass sie auch zugleich unterschreiben, dass sie im Falle des Falles von der Volkshilfe, verpflichtend von der Volkshilfe betreut werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, vom Land. Ansonsten bekommen wir die 100 %ige Förderung nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Egal wer sie dazu verpflichtet, es widerspricht eindeutig einer Wahlfreiheit, wenn ich jemanden einen Mietvertrag nur dann gebe, wenn er mir schon vorher zugesteht, von wem er sich in Zukunft betreuen lassen will. Das entspricht meines Erachtens nicht der Wahlfreiheit.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Herr Lengauer zum 2.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, ich denke, ich hätte es eigentlich nicht nötig mich wehren zu müssen wegen Parteipolitik, aber ich möchte das ganz, ganz klar sagen, dass meine erste Rede mit Parteipolitik wirklich nichts zu tun hat. Wenn ich jetzt gerade bei Vita Mobile schaue, ist die Frau Landtagsabgeordnete Schreiberhuber die Chefin der ganzen Sache, der Kollege Hauser sitzt drinnen. Natürlich sitze ich auch drinnen, aber da geht es wirklich einfach um die Sache und die Betreuung der Personen und wirklich nicht um Parteipolitik, denn da müsste ich wahrscheinlich drei Stunden für das Hilfswerk reden aber das tue ich nicht.

Spaß beiseite, hier geht es wirklich um die Betreuung der einzelnen Gruppen und da haben wir auf die Notwendigkeit hingewiesen aber auch auf die Dringlichkeit von drei Personaleinheiten wenn eine sinnvolle Pflege gemacht werden muss.

Ich möchte aber auch noch zum betreubaren Wohnen etwas sagen. Wie ich das erste Mal davon gehört habe, dass betreubares Wohnen in Verbindung gesetzt wird mit Volkshilfe, habe ich mir ganz dasselbe gedacht wie sie, Frau Kollegin Frech. Ich habe dann rundum im Land nachgeschaut und nachgefragt und auch die Gründe erforscht, warum man hier zu dem Abkommen, zu dieser Tatsache gekommen ist, dass diese Pflege einheitlich sein soll. Es geht hier wirklich nicht um Parteipolitik, es geht hier um die Betreuung der Kranken und die soll sinnvoll sein und sie soll auch von der Zeit her sinnvoll gemacht werden und da geht es nicht, dass drei oder vier verschiedene Pflegedienste immer da sein können. Daher muss man sich für eine Gruppe entscheiden. Natürlich werden wir in Steyr schauen müssen, dass wir das dann aufteilen, wenn in anderen Stadtteilen wiederum betreutes Wohnen kommt. Wir müssen auch bitte unterscheiden zwischen Pflegeheim und betreubaren Wohnen. Pflegeheim, bitte schön da haben wir die Arztfreiheit, da haben wir jegliche Freiheit, da gibt es überhaupt keine Vorschriften. Beim betreubaren Wohnen müssen wir um eine einheitliche Pflege schauen, denn sonst wird das nicht durchführbar. Es kommen uns im Sozialbereich ungeheime Kosten. Wenn wir aber dann da nicht schauen, dass wir da sinnvoll, pflegerichtig, zeitrichtig teilen, dann ist das nicht möglich. Auch aus unserer Sicht hat das mit der Teilpolitik nichts zu tun, sondern einfach mit nüchternen Überlegungen wo man sagen muss, das muss so sein, einfach im Sinne der Kranken und ihrer Betreuung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Es gibt keine weitere Wortmeldung mehr. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist vom Herrn GR Lengauer schon sehr viel gesagt worden, ich möchte auch sagen, betreubares Wohnen soll ja eine Entlastung für die Alten- und

Pflegeheime sein. Das ist eine Vorstufe und darum muss man einen Betreuungsvertrag machen. Ich möchte aber schon noch erwähnen, dass am 9. 10. der Hypo-Sozialtag stattgefunden hat und da haben wir die neuen Bedarfs- und Entwicklungspläne vorgestellt bekommen. Da ist Steyr eigentlich mit 10 Personaleinheiten drinnen. Man muss auch sagen, das ist bis ins Jahr 2010 vorgesehen. Linz und Wels haben noch sehr viel Aufholbedarf, die sind da etwas weiter hinten. Man muss auch sagen, es ist vorgestellt worden, dass bei den Personaleinheiten, bei den Altenfachbetreuern, da hat Vita Mobile 9 ½ Personaleinheiten, die Volkshilfe hat 3 ½ Personaleinheiten und der MOHI hat 5 ½ Personaleinheiten. Ich würde bitte die Mandatare ersuchen, die Vereine untereinander arbeiten sehr gut zusammen und sie haben jedes Monat ein Treffen und koordinieren sich und arbeiten gut und man soll das nicht schlecht machen da herinnen. Man sollte auch nicht verschiedene Meinungen äußern nur im Interesse von einigen, die das vertreten. Mir geht es darum, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt eine Betreuung haben und dass die Betreuung funktioniert und dass alle mit uns zufrieden sind. Die Wahlfreiheit, das möchte ich noch einmal betonen, ist gegeben. Natürlich ist es sinnvoll, wenn Einrichtungen die in dem Stadtteil installiert sind, in diesem Stadtteil auch die Betreuung vornehmen. Wenn ich heute am Tabor wohne, wird Vita Mobile betreuen aber wenn die nicht betreut werden wollen von dieser Einrichtung, dann können sie sich selbstverständlich eine andere Einrichtung aussuchen. Wir haben noch nie etwas gekürzt oder haben gesagt das dürfen sie nicht vornehmen. Ich ersuche wirklich hier nicht Parteipolitik zu betreiben, sondern zum Wohle der Bürger alle gemeinsam zu arbeiten. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir müssen zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen. Wer für diesen Abänderungsantrag des Bürgerforums Frech stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 1 (Bürgerforum Frech). Wer ist dagegen? SPÖ, ÖVP, GAL, 2 FPÖ. Stimmenthaltungen? 1 FPÖ (GR Zöttl). Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Hauptantrag. Wer für den Hauptantrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? 4 (3 FPÖ, 1 Bürgerforum Frech). Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich bitte um den nächsten Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. In meinem nächsten Punkt geht es um die Wochenenddienste für den Verein MOHI. Der Antrag lautet:

8) SH-4/04 Verein „Miteinander – MOHI“; Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 12. 12. 2003 wird der Miteinander G.m.b.H „Miteinander – Mobiler Hilfsdienst, Arbeiterstraße 39, zur Deckung des Aufwandes für den Wochenend- und Feiertagsdienst im Jahr 2004 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von € 48.748,40 (Euro achtundvierzigtausendsiebenhundertachtundvierzig Cent vierzig) gewährt.

Die erforderlichen Mittel werden bei der VASSt. 1/424000/757100 freigegeben.

Ich ersuche auch um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke der Berichterstatterin und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Gerhard Bremm um seine zwei Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in meinem ersten Antrag geht es um Grundeinlöse bei der Nordspange bzw. bei der Umfahrung Dornach. Es geht um die Auszahlung des Kaufpreises an die Ehegatten Franz und Bernadette Hiesmayr. Im Amtsbericht ist es genau erläutert und ich ersuche sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

9) ÖAG-22/96 Grundeinlöse Nordspange bzw. Umfahrung Dornach, Auszahlung des Kaufpreises an die Ehegatten Franz

und Bernadette Hiesmayr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 8. 1. 2004 wird der Auszahlung eines Betrages von EURO 58.301,34 an die Ehegatten Franz und Bernadette Hiesmayr als Grundeinlöseentschädigung zugestimmt. Zur Bezahlung des genannten Betrages wird eine Kreditüberschreitung bei der VA-Stelle 5/840000/001000 bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EURO 58.300,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Antrag geht es, wie schon von GR Eichhübl darauf hingewiesen wurde, um die Bezahlung der Anschlusskosten in der Stadthalle. Es ist hier ein Betrag von 146.500,-- Euro notwendig. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

10) Sport 11/00 und BauH-108/00 Stadthalle Steyr – Anschlusskosten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 8. Jänner 2004 werden für die Bezahlung der Anschlusskosten € 188.532,90 exkl. USt. benötigt.

Die hierfür zusätzlich erforderlichen Mittel im Ausmaß von € 146.500,-- (iW einhundertsechszehntausendfünfhundert) werden bei der VAST. 5/263000/010000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 146.500,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung. Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Selbstverständlich hat man Anschlusskosten, wenn man eine Stadthalle baut, da werde ich mich nicht dagegen aussprechen. Nur ich finde es schon sehr eigenartig, wenn im Amtsbericht zu lesen ist, dass die Abrechnungen zur Gänze gedeckt wurden, der Budgetrahmen seitens der Stadt Steyr eingehalten wurde, keinerlei Kreditüberschreitung benötigt wurde, aber die Anschlusskosten Wasser, Kanal, Gas, Verkehrsflächenbeitrag und Strom seit Beginn des Projektes nicht in den Gesamtbaukosten inkludiert waren und sich auf 188.532,90 Euro exkl. USt. belaufen. Das ist ja kein Pappenstiel. Da denke ich mir schon, wenn man so ein riesiges Bauvorhaben macht, müsste schon auch klar sein, welche Folgekosten dieses Projekt aufwirft und dass man dann nicht hergehen muss, diese Anschlusskosten, mit denen man scheinbar nicht kalkuliert hat, plötzlich über ein Darlehen zu finanzieren. Das zeigt schlichtweg, dass man sich bei Projekten diese Folgekosten nicht wirklich überlegt. Sonst könnte das nicht der Fall sein, sonst wäre es in den Gesamtkosten inkludiert gewesen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es eine weitere Wortmeldung. StR Oppl bitte.

STADTRAT WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist mir jetzt so spontan eingefallen Frau Kollegin Frech. Wenn ich privat ein Haus baue, dann beauftrag ich unter Umständen eine Baufirma oder einen Architekten mit der Planung, mit der Durchführung des Baus. Der wird mir das dann anbieten und wird mir das dann bauen. Dann ziehe ich ein und dann werde ich als Privatperson sehr wohl vom Magistrat, von der OKA die Vorschreibung bekommen bezüglich der Anschlusskosten. Die Anschlusskosten wird mir auch der Architekt nicht in seinem Angebot anbieten, weil die muss ich persönlich zahlen und bei der Stadthalle ist es 100 %ig dasselbe.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber ich muss es reinplanen wenn ich ein Haus baue.

STADTRAT WALTER OPPL:

Ja, aber wir haben seinerzeit den Auftrag gegeben, die Baukosten an das Konsortium und nicht inkludiert, dass die Anschlusskosten vom Architekten mitangeboten werden, weil das wäre gar nicht gegangen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber planen muss er es ja!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann überall ein Haar in der Suppe finden und sie haben ein kleines, feines, dünnes Härchen gefunden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Also, 146.500,-- Euro sind ein kleines Härchen?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Frau Kollegin Frech, das ist keine Überschreitung, weil sie haben es eh richtig gesagt, dass dort Gas, Wasser und Kanal angeschlossen werden muss. Das kleine Härchen das sie gefunden haben, dass man das vielleicht bei der Projektierung in den Gesamtkosten drinnen gehabt hätten, dann wären die um die 146.000,-- Euro höher gewesen. Wenn das jetzt Arbeiten wären die nicht geplant gewesen wären, dann würde ich ihnen Recht geben. Aber so wehre ich mich dagegen. Man kann das immer bei den Haaren, und wenn man lange Haare hat, kann man das noch länger herziehen. Da haben sie natürlich schon einen großen Vorteil. Ich möchte schon darauf hinweisen, dass wir den Kostenrahmen bei der Stadthalle wirklich eingehalten haben und dass wir keine zusätzlichen unerwarteten und unerfreulichen Dinge gehabt haben. Aber Gas, Wasser und Kanal, der Roman Eichhübl hätte das ja einmal im Zuge der vielen, vielen Debatten hineinreklamieren können, weil er war ja noch Referent, und hätte einmal schreien können und sagen können, hallo, das kostet ja auch Geld, ihr müsst was hinein geben. So, ich ersuche um Zustimmung zu dem Antrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? 1 (Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Dietmar Spanring um seinen Bericht.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, in meinem Antrag geht es um den obligatorischen Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2004 und einer Zustimmung der vierteljährlichen Akontozahlung.

11) Fin-287/03 Mitgliedsbeitrag für den RHV Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2004; Akontozahlung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 15. Dezember 2003 wird den vierteljährlichen Akontozahlungen für den Mitgliedsbeitrag 2004 in Höhe von € 372.140,-- (exkl. USt.), also insgesamt € 1.488.560,-- (exkl. USt.), an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von € 1.488.560,-- (exkl. USt.) bei der VAST. 1/851000/754000 für das Rechnungsjahr 2004 genehmigt.

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen?

Stimmenthaltung? Niemand. Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn StR Wilhelm Hauser um seinen Bericht.

BE: STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich habe wieder leider Gottes eine unerfreuliche Angelegenheit, nämlich der Erdgasabgabepreis ist zu erhöhen bzw. jeder der das also mitbekommen hat und Bezieher ist weiß, dass es seit 1. Jänner bereits gilt, da wir das mit Dringlichkeit beschließen mussten um es rechtswirksam zu machen. Das Problem bei dieser Geschichte ist nicht, dass das Gas teurer geworden ist, sondern das Problem ist, dass mit dem Art. 52 des Budgetbegleitgesetzes 2003 die Erdgasabgabe, und man höre und staune, um 52,38 % erhöht wurde. Also wir vollziehen hier eine Angelegenheit, die im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes fixiert wurde. Dazu sei gesagt, und erlauben sie mir ein bisschen diesen Seitenhieb bezüglich Liberalisierungen und Privatisierungen. Die Liberalisierung des Gaswirtschaftsgesetzes hat mit sich gebracht, dass man sich jetzt zwar aussuchen kann wo man gerne das Gas einkaufen möchte, aber wir müssen natürlich die Steuern und die Abgaben darauf erhöhen. Damit natürlich der Zugriff hier, bezüglich der Verteilung, gewährleistet ist, gibt es natürlich eine Energie-Control-Kommission, die sogenannte E-Control. Diese wunderbare Behörde, die beim Wirtschaftsminister angesiedelt ist, beim Herrn Bartenstein, kostet uns 181 Mio. Schilling, damit man sich die Summe etwas besser vorstellen kann, oder 13,154 Mio. Euro jährlich. Das müssen wir natürlich irgendwie finanzieren, damit diese Herrschaften sich hier auch beteiligen können, wie dann das Gas hier fließen möge.

Warum das so spät gekommen ist, da muss man dazu sagen, dass es eine Diskussion voriges Jahr gegeben hat, um die sogenannten Netzbenutzungsentgelter hier neu zu regeln. Es geht ja darum, dass, wenn ein Privater oder eine andere Firma ihr Gas anbietet natürlich durch das städt. Netz dieses Gas ja zum Kunden bringen muss und dafür gibt es ein sogenanntes Netzbenutzungsentgelt, das bei uns im anderen Bereich, im sogenannten Arbeitspreis des Gasabgabepreises, eingerechnet ist. Das ist also nichts Außergewöhnliches, aber das muss man natürlich beim sogenannten Gasangebot immer mit dazu rechnen. Da das sozusagen nicht stattgefunden hat und sich die nicht geeinigt haben und das jetzt einmal verschoben haben und voraussichtlich das bis 1. März kommen soll und außerdem es eine Veränderung dahingehend geben wird, dass in der Zukunft nach Kilowattstunden abzurechnen ist, wollten wir warten bis diese Entscheidungen fallen, damit es auch dementsprechend gleich in einem stattfinden kann. Da das aber natürlich nicht passiert ist, mussten wir einen Dringlichkeitsbeschluss fassen, dass mit 1. 1. diese Angelegenheit in Rechtskräftigkeit geht. Ich ersuche daher den Antrag zu beschließen, der die Anhebung des Erdgasabgabepreises bestimmt, der umgerechnet, damit man auch weiß um welche Größenordnung es sich handelt, ca. 4 bis 7 % Erhöhung für den Einzelnen bedeutet.

Ich ersuche darüber zu diskutieren bzw. abstimmen zu lassen.

12) Stw-106/03 Städt. Gaswerk; Erdgasabgabepreisanhebung zum 1. 1. 2004 wegen Anhebung der staatl. Erdgasabgabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 1. 12. 2003 wird der Anhebung der Erdgasabgabepreise entsprechend der Anlage mit Wirksamkeitsbeginn 1. 1. 2004 in allen Tarifstaffeln (Haushalts-, Gewerbe- und Großabnehmertarif) zugestimmt. Auch die Hinzurechnung der Erdgasabgabe in Höhe von € 0,064 je Bm3 (exkl. USt.) zu den mit Gemeinderatsbeschluss vom 14. 11. 2002 genehmigten Netznutzungsentgelten wird genehmigt.

Gemäß § 5, Abs. 4 des Organisationsstatutes für die Unternehmung Stadtwerke Steyr werden die Stadtwerke Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag?

Stimmenthaltung? 1 (Bürgerforum Frech). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn StR Gunter Mayrhofer um seine Berichte.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Gegensatz zum Kollegen Hauser geht es bei mir nicht um Gebührenerhöhungen, d. h., um etwas, wo die Umwegrentabilität ebenfalls eine sehr gute ist. Der erste Antrag bezieht sich auf den Tourismusverband, und zwar geht es um die jährliche Subvention die in der Höhe von 159.000,-- Euro gewährt werden soll. Ich ersuche um Zustimmung.

13) Fin-261/03 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 2. Jänner 2004 wird dem Tourismusverband Steyr, eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von EUR 159.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von EUR 159.000,-- (iW Euro einhundertneunundfünfzigtausend) bei der VSt. 1/771000/757000 bewilligt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der zweite Antrag bezieht sich auf die Kanalisation Innenstadt. Wir haben die Möglichkeit gehabt, dass wir einen weiteren Bereich, nämlich den NK Eisengasse, ebenfalls jetzt schon machen. Es ist eine Kreditübertragung notwendig. Die erforderlichen Mittel, nämlich 46.532,-- Euro exkl. MWSt. werden im Wege einer Kreditübertragung vom Kanalbau Ennsleite und zwar in Höhe von 20.000,-- Euro und von der VSt. weiterer Kanäle übertragen. Der Restbetrag, nämlich 26.532,-- wird im Jahr 2004 bei der VSt. weiterer Kanäle freigegeben. Ich ersuche um Zustimmung.

14) BauT-17/02 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr 2003; Kanalisation Innenstadt, Teil 3; Auftragserweiterung und Mittelfreigabe NK Eisengasse.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 7. Jänner 2004 wird der Auftragserweiterung für zusätzliche Kanalbauarbeiten (NK Eisengasse) an die Fa. Illichmann – Haider BauGmbH, 4451 St. Ulrich, Werkstraße 7, in Höhe von EUR 46.532,-- exkl. MWSt. zugestimmt. Die erforderlichen Mittel (EUR 46.532,-- exkl. MWSt.) werden im Wege einer Kreditübertragung von VSt. 5/851000/004380 „Kanalbau Ennsleite“ in Höhe von EUR 20.000,-- exkl. MWSt. zur VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ übertragen und bereitgestellt. Der Restbetrag in Höhe von EUR 26.532,-- exkl. MWSt. wird im Jahr 2004 bei der VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist für das Jahr 2003 eine Darlehensaufnahme in Höhe von EURO 20.000,-- und für das Jahr 2004 in Höhe von EUR 26.532,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Punkt geht es um die Kontrolle der bestehenden Kanäle. Es geht um Kamerabefahrungen und Druckproben. Es ist ausgeschrieben worden und sieben Firmen haben sich darum beworben. Überraschend ist, dass die Firma, die wir bisher damit betraut haben, an die letzte Stelle der Ausschreibung gelangt ist. Der Zuschlag soll an die Firma RTU Kanalleistungsservice aus Marchtrenk, zum Preis von 78.400,74 exkl. MWSt. vergeben werden. Ich ersuche um Zustimmung.

Entschuldigung, für das Jahr 2003 sind 49.200,-- Euro notwendig, 29.200,-- Euro werden aus dem Budget 2004 genommen.

15) BauT-8/03 Kanalisation Stadt Steyr 2003; Kamerabefahrung und Druckproben, Baulose 2001 – 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 7. Jänner 2004 werden die Kamerabefahrungen und Druckproben für die Baulose 2001 – 2004 an die Fa. RTU Kanal- und Leitungsservice GmbH, 4614 Marchtrenk, mit ihrem Angebot in Höhe von EUR 78.400,74 exkl. MWSt. vergeben.

Die erforderlichen Mittel für die Abwicklung der Prüfmaßnahmen werden in Höhe von EUR 38.800,-- im Budget 2003 bei der VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ bereitgestellt.

Weiters wird im Wege einer Kreditübertragung der Betrag in Höhe von EUR 10.000,-- exkl. MWSt. von der VSt. 5(75100/004010 „Kanalbau Münchenholz“ und in Höhe von EUR 400,-- exkl. MWSt. von der VSt. 5/851000/004530 „Kanalbau Einzugsgebiet FI – FII“ zur VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ übertragen und bereitgestellt. Der Restbetrag in Höhe von EUR 29.200,-- exkl. MWSt. wird im Budgetjahr 2004 bei der VSt. 5/851000/004000 „Kanalbau Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist für das Jahr 2003 eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EURO 49.200,-- und für das Jahr 2004 in Höhe von EUR 29.200,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Punkt geht es um eine Übernahme einer Straße beim Bauvorhaben, bei den sogenannten Priewasser-Häusern am Dachsbergweg. Die Bauvorhaben dort sind vollendet worden und die Straße wird wie vereinbart nunmehr in das öffentliche Eigentum übernommen. Ich ersuche um Zustimmung.

16) BauGru-54/02 Einreihung einer Aufschließungsstraße im Bereich Dachsbergweg als Gemeindestraße.

Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen, das Grundstück Nr. 774, EZ 2752, GK Steyr wird ins öffentliche Gut übernommen und als Gemeindestraße eingereiht. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Herr Stadtrat, ich gratuliere ihnen. Bei ihnen gibt es nie eine Wortmeldung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das liegt an der Vorbereitung.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, ich schlage jetzt eine ¼ Stunde Pause vor.

PAUSE VON 15.55 UHR BIS 16.23 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen unsere GR-Sitzung fort. Als nächste Berichterstatteerin bitte ich Frau StR Weixlberger um ihren Bericht.

BE: STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, in meinem Antrag geht es um die Ersatzbeschaffung eines digitalen Röntgengerätes. Das alte Gerät stammt bereits aus dem Jahre 1991. Wir wollen jetzt ein neues Gerät anschaffen. Dazu ist eine Kreditaufnahme in der Höhe von 153.324,-- Euro notwendig. Warum es zu dieser Kreditaufnahme kommt ist, dass die Verhandlungen nach dem Sommer begonnen haben und sich so lange hingezogen haben, dass wir es nicht mehr in das Budget aufnehmen konnten. Es laufen zusätzlich Verhandlungen mit der Bezirkshauptmannschaft, dass auch die Bezirkshauptmannschaft ihre Untersuchungen im Gesundheitsamt in Steyr durchführt. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

17) San-169/03 Ersatzbeschaffung einer Röntgenanlage.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Gesundheitsangelegenheiten vom 30. 12. 2003 wird folgende Kreditüberschreitung für die Ersatzbeschaffung der Röntgenanlage in Höhe von € 153.324,-- (Euro einhundertfünzigdreitausenddreihundertzwanzigvier) bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 153.324,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Es klingt ja recht harmlos wenn da steht „Ersatzbeschaffung einer Röntgenanlage“, wenn man dann weiter liest, 153.324,-- Euro, na ja, das sind so ungefähr 2,2 Mio. Schilling. Da würde ich mir eigentlich normalerweise erwarten, dass ich auch gewisse Informationen dazu habe um beurteilen zu können, ob man dieses Röntgengerät tatsächlich braucht oder nicht braucht oder ob man es anschaffen will oder tatsächlich anschaffen muss. Wenn ich mir den Amtsbericht anschau, der wirklich sehr dürftig ist, dann steht z. B. drinnen, dass eben im Zuge der Reform der Tuberkulosefürsorgestelle des Landes OÖ in Erwägung gezogen wird, dass in Zukunft die Röntgenaufnahmen auch für die BH Steyr-Land übernommen werden. Dann würde mich auch interessieren, ist das fixiert? Ja oder nein? Vor allem, zahlt die BH Steyr-Land dann auch diese Untersuchungen? Weil ständig führen wir da herinnen ja diese Diskussion, dass wir sagen, wir bekommen immer neue Aufgaben und wir bekommen aber kaum Kostenersätze. Darum würde mich interessieren Frau Stadträtin, wie schaut das aus, wenn wir jetzt diese Untersuchungen durchführen, gibt es einen Kostenersatz von der BH Steyr-Land, wie schaut das aus, gibt es da eine Vereinbarung. Dann steht im Amtsbericht, dass im Dezember 2002 eine Röhre ausgewechselt worden ist, wo die Reparaturkosten 56.730,96 Euro waren. Also ungefähr ein Drittel vom Anschaffungswert des neuen Gerätes. Da wäre für mich die Frage, hat man sich nicht damals schon überlegt, rentiert sich überhaupt die Reparatur oder nicht. Weil im Endeffekt ist das schon ein bisschen eigenartig, wenn ich dann noch ein Drittel einer neuen Kaufsumme drauflege für eine Reparatur und ein Jahr später schaffe ich wieder ein neues Gerät an. Der nächste Punkt ist für mich, wie schaut es aus, da steht, laut Angebot der Firma Philips sind das eben 153.324,--, im Amtsbericht sehe ich nichts, gab es da eine Ausschreibung oder nicht. Wie viele haben sich beteiligt, war das jetzt der Bestbieter oder hat man sich nur ein Angebot eingeholt. Die nächste Frage, die sich mir wirklich aufdrängt ist, wollen wir ein Röntgengerät oder brauchen wir ein Röntgengerät. D. h., wie schaut das eigentlich aus, wie oft werden Röntgenuntersuchungen überhaupt durchgeführt, passt das in der Relation jetzt bzw. mit wie viel Röntgenuntersuchungen rechnet man durch die BH Steyr-Land? Weil wenn man dann vielleicht nur fünf Röntgenuntersuchungen im Jahr hat, denke ich mir ist es sicherlich nicht ökonomisch sinnvoll ein neues Röntgengerät anzuschaffen. Aber sie werden mir das sicherlich erklären können, weil im Amtsbericht steht ja, dass es aus wirtschaftlicher Sicht zu vertreten ist, also hätte ich das Argument

dafür gerne gehört. Zum anderen glaube ich, ist sehr oft in diesem Hause die Diskussion zum Thema Verwaltungsreform, Leistungen möglichst kostengünstig zu erbringen. Da stellt sich mir generell auch die Frage, müssen wir als Stadt Steyr überhaupt ein Röntgengerät haben oder lässt sich das nicht abwickeln über vorhandene Röntgengeräte aus der Ärzteschaft? Das kann ich nicht beurteilen, das weiß ich nicht, aber es drängt sich mir als Frage auf. Ich würde sie bitten, vielleicht ein bisschen Licht ins Dunkle zu bringen Frau Stadträtin.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, Licht ins Dunkle ist schon schön, wenn man von einem Röntgengerät spricht. Ich glaube, das kann man passender nicht ausdrücken als wie diesen Akt näher zu durchleuchten. Ich gebe dir nur in einem Punkt Recht, liebe Kollegin Michaela Frech, die Statistik hätte mich auch interessiert. Weil ursprünglich habe ich auch daran gedacht, ob es nicht gescheiter wäre, bevor wir uns ein so nicht gerade billiges Gerät anschaffen, einmal anzuschauen wie viel Durchleuchtungen haben wir im Jahr und wie schaut das mit den Kosten aus, ob man das nicht besser auslagert. Nach Rücksprache hat angeblich diese Kostenrechnung stattgefunden. Es muss natürlich dazu gesagt werden, dass sämtliche Durchleuchtungen von der Stadt bezahlt werden und dass man das nicht auf Krankenschein machen kann. Gehe ich richtig in der Annahme? D. h. also, das muss die Stadt bezahlen. D. h. aber auch, dass es bei einer Kostenrechnung wahrscheinlich zu Gunsten der Stadt ausfallen würde, weil wahrscheinlich bei dem Privaten die Untersuchung teurer käme. Außer man geht her und verhandelt das. Da könnte ja unter Umständen eine Möglichkeit bestehen. Aber es nützt wahrscheinlich eh nichts, weil das Röntgengerät schon da steht.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:
Wo steht es?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Na oben im Amt steht es.

STADTRAT WALTER OPPL:
Aber nicht das neue Gerät.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Nein, das neue Gerät ist noch nicht da, das weiß ich eh.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber trotzdem noch einmal die Frage, wie schaut es mit der Statistik aus, ist mit den Ärzten verhandelt worden rundherum? Wir haben ja glaube ich, ich weiß es nicht, drei oder vier Geräte in Steyr stehen. Was aber noch ganz lustig ist in der Geschichte, das ist das, und da bitte ich auch um Aufklärung, im Amtsbericht steht drinnen, dass die Reparaturkosten zu bezahlen gewesen wären. Ich rede in der Möglichkeitsform, weil es angeblich verlautbart worden ist, dass diese Kosten nicht zur vollen Gänze gedeckt worden sind. D. h., sind wir das jetzt noch schuldig oder müssen wir jetzt der Firma dieses Gerät abkaufen ohne die Reparaturkosten zu bezahlen? Wie schaut das aus? Ein abschließender Satz noch: Liebe Stadträtin, ich glaube dir das nicht so recht, dass sich diese Verhandlungen so hingezogen haben, weil ich glaube, das kaputte Geräte haben wir gehabt, das weiß ich, aber dass die BH das quasi nicht zustande gebracht hat eine klare Aussage bis Jahresende zu finden und ergo dessen der zuständige Referent, das warst ja du lieber Walter zu der Zeit, nicht gewusst hat, dass wir im Jahr 2004 dieses Röntgengerät brauchen, ergo dessen der Herr Mag. Lemmerer das nicht in das Budget aufgenommen hat, das finde ich schon ein bisschen seltsam. Jetzt haben wir über das Budget verhandelt, recht intensiv verhandelt, und ein Monat später haben wir das als Kreditüberschreitung da herinnen. Ich weiß nicht, ob man bei einem Röntgengerät von einem Weitblick sprechen kann, aber der wäre wahrscheinlich ganz gut angebracht gewesen, wenn man das schon vorher in das Budget hineingenommen hätte. Über 2 Mio. Schilling ist ja nicht irgendwas. Das wirft vielleicht auch ein bisschen ein bezeichnendes Licht auf das Budget, dass unter Umständen vielleicht der interessantere Teil erst beim Nachtrag kommt. Weil beim Nachtrag sieht man erst dann, was wir wirklich ausgegeben haben und das ist nämlich die reine Budgetwahrheit. Weil wenn man es ins Budget nicht hineinschreibt und dann kommen Kosten von 2 Millionen auf uns zu, wo ich sage, dass sich die Verhandlungen schon ein ½ Jahr hinziehen und wir eh schon wissen, dass wir das

brauchen, das wirft kein gutes Licht auf die Budgetgestaltung. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe nicht umsonst bereits beim zweiten Tagesordnungspunkt, wo es um die Darlehensaufnahme gegangen ist, auf diesen heutigen, letzten Antrag hingewiesen und bemerkt, dass diese Ausgabe in der Höhe von 153.324,-- Euro im Budget nicht vorgesehen war. Die beiden Vorredner haben ja bereits einiges erwähnt und sind mir in der Argumentation zuvor gekommen. Für mich, und deswegen habe ich das angeschnitten, erheben sich einige Fragen.

Punkt 1: Im Dezember 2002 musste laut Amtsbericht eine Reparatur um 56.730,96 Euro durchgeführt werden. Musste diese Reparatur zur Gänze bezahlt werden? Was ist mit dem Altgerät? Ist das in Rechnung gestellt worden? Was passiert mit dem? Die Frage ist auch für mich sehr wichtig, wer ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Das steht eh drinnen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Kollege Apfelthaler es mag durchaus sein, es steht zwar nicht direkt drinnen, dass das bezahlt worden ist, aber es steht zumindest drinnen, dass sich die Reparaturkosten auf diese Höhe belaufen. Da kann man so oder so die Meinung vertreten, ob es bezahlt worden ist oder nicht. Das hätte meiner Meinung nach auch in diesen Amtsbericht hineingehört.

Des Weitern hätte mich interessiert, von wem Gespräche geführt worden sind, dass in Zukunft auch die Aufnahmen für die BH Steyr-Land übernommen werden müssen? In welcher Größenordnung werden dann tatsächlich solche Untersuchungen durchgeführt? Wer bezahlt diese? Das wurde auch bereits gefragt aber wie gesagt, das hätte auch ich gerne gewusst, bevor es zur Abstimmung kommt, denn schlussendlich erhebt sich dann die Frage ob es nicht eine günstigere Lösung gegeben hat. Es ist ja tatsächlich so, wie bereits vor mir der Kollege Apfelthaler gesagt hat, dass es ja nicht unbedingt sehr gut aussieht, wenn man weiß, in welcher angespannten Lage man dieses Budget 2004 erstellen musste und dann kommen wir bei einer der nächsten GR-Sitzungen bereits drauf, dass wir Überschreitungen, nach dem alten Geld, mehr als 2.100.000,-- Schilling hier beschließen. Das ist wirklich keine geeignete Vorgangsweise. Daher habe ich auch in meiner vorhin angesprochenen Wortmeldung gemeint, dass man sehr bedacht auf die Budgetentwicklung dieses Jahres 2004 nehmen muss, damit die nächsten Budgets nicht ganz aus dem Ruder geraten. Ich erwarte mir jetzt diesbezüglich, was meine Fragen jetzt betreffen und auch die Fragen der Vorredner, eine entsprechende Aufklärung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
StR Oppl bitte.

STADTRAT WALTER OPPL:

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einmal vorweg, ich pflichte euch vollkommen bei, der Amtsbericht selbst ist nicht unbedingt der ausführlichste Bericht. Wir müssen das leider so zur Kenntnis nehmen, wie der Amtsbericht jetzt daliegt. Ich möchte versuchen, speziell auf die Fragen von ihnen und vom Kollegen Apfelthaler, von der Entwicklung her, wie das jetzt zu dem gekommen ist, Aufklärung geben. Über die Frequenz wird sicherlich dann die Kollegin Weixlberger noch Erklärungen abgeben. Ein Faktum ist, sie haben es richtig gesagt, es ist im Dezember 2002 die Röhre kaputt gegangen. Es war an und für sich eine unabdingbare Vorgangsweise, dass man das Gerät reparieren musste und dass man da ein neue Röhre einbauen musste. Die Firma Philips hat diese Röhre bis dato nicht in Rechnung gestellt. Es ist sehr wohl überlegt worden, und das ist auch der Hauptgrund warum es so lange gedauert hat, und es war die Finanzabteilung da ganz intensiv miteingebunden mit dem Kollegen Hochgatterer, unserem Kostenrechner, der sehr wohl ganz akribisch durchgerechnet hat, was ist jetzt tatsächlich günstiger. Eine eventuelle Neuanschaffung, unter dem Aspekt, dass ja das Gerät schon weit über 10 Jahre alt ist und es ist zu erwarten, dass, wenn die Röhre geht auch andere Funktionen ebenfalls einmal zur Reparatur anstehen und dann

diese Reparaturkosten in keiner Relation zu einer Neuanschaffung stehen. Es ist seitens unseres Kostenrechners wirklich sehr intensiv geprüft worden was kommt jetzt günstiger. Und genauso, wie es auch sie Frau Kollegin Frech gesagt haben, weiß ich es vom Mag. Lemmerer, der auch einmal gesagt hat, na ja, das vergeben wir fremd, dann kommt uns das sicher günstiger. Faktum ist aber, dass aufgrund dieser Überprüfungen und Berechnungen und nämlich im Zusammenhang mit der Kostenanzahl an Untersuchungen, aber die Zahlen hat die Kollegin Weixlberger die sie euch dann bekannt geben wird, es tatsächlich so war, dass eine Neuanschaffung günstiger ist. Das war jetzt der Grund. Es hat dann Vorgespräche gegeben, um auch diese Frage zu beantworten, ist das jetzt nur mit der Firma Philips verhandelt worden. Da ist auch nicht der Fall gewesen. Es wurde auch mit der Firma Siemens, die da am Markt der zweite Anbieter ist, intensiv verhandelt. Nicht nur unter dem Aspekt, dass eben die Firma Philips, wenn wir jetzt das Gerät von der Firma Philips nehmen, sie mehr oder weniger sich das gegenrechnet, diese Kosten der neuen Röhre. Ohne dieser Zusatzrechnung wäre auch die Firma Philips der Bestbieter gewesen. Noch einmal, ich gebe euch Recht, es hätte an und für sich in den Amtsbericht hinein gehört, da brauchen wir nicht diskutieren. Aber das ist ein Faktum.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Müssen wir jetzt die Reparaturkosten zahlen oder nicht?

STADTRAT WALTER OPPL:

Nein, die brauen wir nicht bezahlen. Die Firma Philips hat uns quasi die neue Röhre zwei Jahre kostenlos zur Verfügung gestellt. Wenn wir jetzt von einer anderen Firma das Gerät genommen hätten, dann wäre die Röhre natürlich in Rechnung gestellt worden. Aber ich habe zuerst schon gesagt, bitte noch einmal, auch ohne dieser kostenlosen Zurverfügungstellung ist auch das Angebot der Firma Philips günstiger.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr StR Oppl, heißt das jetzt, wenn ich sie richtig verstanden habe, dass Philips praktisch bereit war, ein Jahr lang die Reparaturkosten überhaupt nicht in Rechnung zu stellen? Das heißt aber, dass man ihnen irgendwas in Aussicht gestellt hat, weil keine Firma sagt ...

STADTRAT WALTER OPPL:

Schauen sie, das ist ja doch ganz logisch. Nach diesem Defekt, wo die Röhre eingebaut worden ist, ist dann einmal zur Disposition gestanden, die Frage abzuklären gewesen, kaufen wir ein neues Gerät oder Vergabe an örtliche Ärzte. Mehr war das nicht. Diese Prüfung ist nicht ganz einfach, diese ganzen Berechnungen und das hat halt dementsprechend so lange gedauert. Ich selbst war dann, damals noch als zuständiger Stadtrat, Anfang Oktober de facto das erste Mal konfrontiert mit konkreten Verhandlungsergebnissen. Bis dorthin waren Vorerhebungen, wo das vom Amt her geprüft worden ist. Ihr wisst alle, dass das Budget bereits zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt angemeldet wird und erstellt wird. Das ist daher der Grund. Es hat dann Verhandlungen mit der Firma Philips und mit der Firma Siemens gegeben. Es ist eben erst relativ spät im Jahr die Entscheidung gefallen, dass man gesagt hat, es soll in dem Fall die Firma Philips wieder werden. Daher ist es nicht im Budget drinnen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das heißt, soviel ich verstanden habe, nachdem ja Philips der Bestbieter war, dass sie uns ein Drittel des Kaufpreises praktisch nicht in Rechnung stellen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die nehmen die alte Röhre wieder zurück.

STADTRAT WALTER OPPL:

Die nehmen die Röhre wieder zurück und können sie bei einem anderen Gerät wieder weiter verwenden.

Zwischenruf: Das Altgerät?

STADTRAT WALTER OPPL:

Das Altgerät nimmt die Firma Philips, baut es ab und entsorgt es, das kann man nicht weiterverkaufen.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT WALTER OPPL:

Ja, aber die Röhre ist erst 2 Jahre alt und eine Röhre hat eine gewisse Lebensdauer.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Kommt die alte Röhre jetzt in das neue Gerät hinein?

Gelächter

STADTRAT WALTER OPPL:

Nein, also das schließe ich einmal grundsätzlich aus. Ich bin ja nicht unbedingt ein Experte für Röntgengeräte, aber soviel habe ich schon mitbekommen, dass natürlich die Technologie eine komplett andere und eine wesentlich neuere ist. Also du kannst dort jetzt nicht eine Zündkerze oder einen Motor von einem Mercedes hernehmen und in einen Trabi einbauen, also das ist nicht möglich und so muss man das auch sehen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Netto- oder Bruttobetrag?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das wird dann eh die Referentin sagen.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR Mag. Michaela Frech

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, aber die Referentin hat ja noch nicht das Schlusswort gehabt, die wird sie dann aufklären.

STADTRAT WALTER OPPL:

Ich gehe davon aus, dass das inklusive ist, weil sonst können wir es hier ja nicht beschließen. Wir können ja nicht irgendetwas ohne Mehrwertsteuer beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Schlusswort bitte.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Zu den noch offenen Punkten. Wir haben im abgelaufenen Jahr alleine von der Stadt Steyr 1.240 Untersuchungen gehabt und die Rückmeldungen von der Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land sind, dass ca. 300 bis 400 Untersuchungen vom Land dazukommen. Die Verhandlungen führt der Herr Magistratsdirektor mit dem Herrn Bezirkshauptmann und klarerweise lukrieren wir hier Gelder und haben Einnahmen und aus diesem Grund ist es zusätzlich gerechtfertigt, dass wir ein neues Gerät anschaffen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wie hoch sind die Einnahmen?

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Das kann ich nicht sagen, weil die Verhandlungsergebnisse laufen.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:

Jetzt einen Preis zu nennen, wäre nicht der richtige Platz.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Warum die Rechnung nicht vorher bezahlt worden ist, das war, dass die Firma Philips die Verhandlungen abgewartet hat und daher nicht vorher die Rechnung für die Reparaturkosten gestellt hat.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Eine Frage noch, Frau Kollegin. 1.240 Untersuchungen, heißt das auch 1.240 Röntgen?

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Ja, 1.240 Röntgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir reden ja vom Röntgengerät.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

300 bis 400 sind die Schätzungen die vom Bezirkshauptmann Zeller genannt wurden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Und für den Zeller war das hochinteressant.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Für die Bezirkshauptmannschaft ist das interessant, weil es schneller geht und vor allem auch Wegkosten für die Bezirkshauptmannschaft wegfallen, wie wenn sie nur ins Krankenhaus ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, wir kommen zur Abstimmung.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Moment, eine Frage ist noch nicht beantwortet worden. Warum war es nicht im Budget drinnen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist schon lang und breit erklärt worden.

Also ich sage euch, mir wäre es auch lieber gewesen, wenn es im Budget drinnen gewesen wäre, aber leider Gottes ist es zeitlich so verzögert hineingekommen. Ich sage, mit ein bisschen mehr Hintergrundwissen hätte da auch schon einer schalten können, das ist für mich auch keine Diskussion. Es ist für mich auch äußerst unangenehm, dass es nicht drinnen war, das muss man auch dazu sagen, aber es ist halt nicht drinnen gewesen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber wir brauchen es!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, wir kommen jetzt trotzdem zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP und GAL. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? 4 (3 FPÖ und Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke der Stadträtin für ihren Antrag und ihre Berichterstattung und ersuche nun unseren Fraktionsführer um die Verlesung der Resolution.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Führer darf man nicht sagen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Fraktionsvorsitzenden.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es freut mich, dass ich im Namen aller Fraktionen, die diesen Dringlichkeitsantrag unterschrieben haben, diesen vortragen kann. Über den Inhalt bin ich natürlich nicht erfreut, weil es doch zeigt, welche dramatische Situation in den Kommunen auf uns zukommt.

DRINGLICHKEITSANTRAG

Zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 22. 1. 2004

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse stellen die unterfertigten Gemeinderatsmandatare folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

RESOLUTION

An Herrn Bundesminister für Inneres Dr. Ernst Strasser (Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Erich Haider abschriftlich zur Kenntnis und dem Ersuchen um Unterstützung).

Die vom Bundesministerium für Inneres geplanten Reformvorhaben zur Gesamtorganisation „Exekutive neu“ beinhalten Auswirkungen für die Stadt Steyr, die von den verantwortlichen Kommunalpolitikern und Gemeinderäten der Stadt Steyr als drastische Verschlechterung des allgemeinen Sicherheitsstandards in der Stadt und ihrem Einzugsbereich empfunden werden.

Mit der Überleitung der Bundespolizeidirektion Steyr in ein Stadtpolizeikommando mit nachgegliederten Polizeiposten wird ein drastischer Personalabbau von 162 Sicherheitswachebeamten im Jahre 1995 auf geplante 137 Sicherheitswachebeamte geplant. Auch die für die Aufklärung von Straftaten verantwortlichen Kriminalbeamten der BPD Steyr sollen von 35 auf 12 Personen reduziert werden.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert von Ihnen, sehr geehrter Herr Innenminister, ein für die Stadt- und Bevölkerungsentwicklung Steyrs abgestimmtes Sicherheitskonzept unter Berücksichtigung der Besonderheiten, die ein Wirtschafts- und Fachhochschulstandort wie Steyr und seinem Einzugsbereich von rund 140.000 Personen täglich mit sich bringt.

Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr weiterhin gewährleisten zu können, werden Sie ersucht, den Personalstand der Sicherheitswachebeamten und zusätzlich jenen der Kriminalbeamten den Erfordernissen anzupassen und keinesfalls weitere Einsparungen durchzuführen. Bei der geplanten Zusammenlegung der beiden Wachkörper von Gendarmerie und Polizei wird aus praktischen Überlegungen heraus empfohlen, die Bezirksgendarmerie Steyr-Land in den Wachkörper der BPD Steyr zu integrieren, um die regionalen Aspekte für die Sicherheit der gesamten Region nutzen zu können.

Die Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr in Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger Steyrs stellen daher den Antrag an Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, den bisherigen Sicherheitsstandard in Steyr durch die geplante Reform nicht in Frage zu stellen und dafür Sorge zu tragen, dass die personelle und organisatorische Ausstattung der Sicherheitsbehörde in Steyr gewährleistet bleibt.

Diese Resolution, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll auch aufzeigen, welche Problematik auf uns zukommt und ich glaube, dass es notwendig sein wird, dass sich die Kommunen zusammenschließen und in diesem Fall wir, als Gemeinderat Steyr, mit wissentlicher Unterstützung unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir wissen sehr genau, dass in diesem Sektor eine dementsprechende Sensibilität schon bei vorhergehenden Reduktionen an den Tag gelegt worden ist und es überhaupt nicht akzeptabel ist und zur Kenntnis genommen werden kann, in einer Zeit, wo Kriminalität im Steigen ist, dass man da auf der anderen Seite zurückfährt. Ich glaube, das war immer die Besonderheit von Österreich, die Besonderheit in unseren Städten, dass man im Gegensatz zu anderen Ländern am Abend ohne Bedenken wo hin gehen konnte. Es war schon angenehm, wenn ich selber hie und da in die große Stadt Wien gekommen bin, und man hat sich - ohne irgendwelche Ängste haben zu müssen - überall frei bewegen können. Wir erleben jetzt, dass es hier aus verschiedenen Umständen problematischer wird und ich glaube, dass ein dementsprechendes Sicherheitssystem auch zu den Grundbedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger gehört und dass wir hier wirklich mit aller Vehemenz gegen diese Entwicklung protestieren müssen. Es freut mich natürlich auch, dass wir im Gemeinderat wirklich einhellig zu der Auffassung gekommen sind und dass diese Resolution von allen Fraktionen nicht nur unterschrieben worden ist – so hoffe ich - sondern darüber hinaus auch politisch transportiert wird. Nicht nur über unsere regionalen Medien, sondern dass jeder auch wirklich seine Funktion nutzen soll, überall vorzusprechen und diese Forderung auch dementsprechend zu unterstützen.

Ich ersuche, Herr Bürgermeister, über diesen Dringlichkeitsantrag bzw. diese Resolution diskutieren und dann darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Dass die Zusammenführung und die Fusion von Gendarmerie und Bundespolizei eine äußerst sinnvolle Maßnahme ist, bestreitet – glaube ich – niemand, das ist sicher auch überfällig, sie wird zu großen Einsparungen und Synergieeffekten führen. Der Innenminister hat aber in diesem Zusammenhang immer versprochen, dass sie nicht auf Kosten der Sicherheit gehen wird und dass vor allem beim Sicherheitspersonal nicht gespart wird. Was wir jetzt erleben, ist eher das Gegenteil von diesen Versprechungen und daher unterstützt auch die freiheitliche Gemeinderatsfraktion diese Resolution und ich hoffe, dass sich auch die Nationalratsabgeordneten aus der Region massiv für unser Anliegen hier einsetzen. Es kommt nämlich auch wieder einmal ein anderer Aspekt hier durch, nämlich auch die Wertigkeit der Stadt Steyr. Wenn man sich die Pläne im Zusammenhang mit dem Bezirksgendarmeriekommando anschaut, auch hier haben wir wieder einmal das Nachsehen, wie in der Vergangenheit auch bei der Kaserne, soll hier dieses Bezirksgendarmeriekommando dem Vernehmen nach nämlich nach Kirchdorf kommen und Steyr-Land längerfristig – wahrscheinlich wenn der Steyrer Polizeidirektor in Pension geht – Linz untergeordnet werden. Das ist auch nicht gerade eine sehr positive Entwicklung für die Stadt, auf der anderen Seite mutet uns aber der Herr Innenminister schon zu, dass wir in Steyr aus der leerstehenden Kaserne ein Asylantenheim machen sollen, mit allen uns bekannten Problemen. Man braucht ja nur die Tageszeitungen aufschlagen, was sich dort alles abspielt; auf der anderen Seite soll beim Personal und bei der Sicherheit gespart werden. Mit dem werden wir uns sicher nicht abfinden und wir werden daher diese Resolution unterstützen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Als nächster hat sich GR Hackl zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Geschätztes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Ein sehr schönes Zitat lautet: „Die Hoffnung stirbt zuletzt.“ Unter diesem Motto, so glaube ich, ist auch unsere heutige Resolution an den Herrn Innenminister zu sehen. Denn wie der Herr Bundesminister Ernst Strasser bisher auf Resolutionen der Stadt reagiert hat, beispielsweise zur Erhaltung des mobilen Einsatzkommandos oder der Beibehaltung des Wachzimmers Bahnhof, wie er da reagiert hat, das lässt ja leider nicht von vornherein auf eine positive Rückmeldung schließen. Aber wie gesagt, die Hoffnung stirbt zuletzt und ich möchte in diesem Zusammenhang aber schon auch feststellen, dass wir, als SPÖ, das natürlich sehr begrüßen und es uns wirklich freut, wenn sich auch die Steyrer ÖVP diesem Protest an der sukzessiven Zerschlagung der Steyrer Exekutive anschließt und hier aktiv dabei ist. Es ist erfreulich, wenn zumindest ein ganz kleiner Teil der ÖVP – nämlich hier vor Ort – erkennt, mit welcher Arroganz hier die Sicherheit der Steyrer Bürger aufs Spiel gesetzt wird und welches Sicherheitsrisiko hier offensichtlich in Kauf genommen wird, nur um einige Köpfe einzusparen. Trotzdem muss man aber schon auch der Steyrer ÖVP und im speziellen auch ihrem Vorsitzenden Gunter Mayrhofer die Frage stellen, warum er sich denn nicht bei seinem Parteifreund Ernst Strasser persönlich dafür einsetzt, dass in Steyr endlich Schluss ist mit diesem Aushungern der Exekutive. Warum er sich beispielsweise nicht mit seiner Fraktionsvorsitzenden einen Termin beim Freund Ernstl ausmacht und sie ihm dann beide ins Gewissen reden, bzw. ihm klarmachen, dass endlich Schluss sein soll und Schuss sein muss mit diesem Organisationswahnsinn und dass er endlich damit aufhören soll, weil die erfolgte Umfärbungsaktion, die in seinem Ministerium und in den Spitzenpositionen schon stattgefunden hat, von Rot auf Schwarz, im Endeffekt aus ÖVP-Sicht ja ein Erfolg ist und er das Wichtigste ja damit schon erreicht hat. Diese Fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir Gunter Mayrhofer aber eigentlich doch nicht zu stellen, denn wie ich gehört habe, hat er sich schon um einen diesbezüglichen Termin beim Innenminister gekümmert, oder bemüht. Wie ich gehört habe, soll er aber nicht einmal bis ins Vorzimmer seines Parteifreundes Ernstl vorgedrungen sein. Nun gut, oder doch nicht gut, der Innenminister ist ja nicht die einzige Anlaufstelle, an die sich ein ÖVP-Stadtparteiobmann mit seinen Sorgen wenden kann. Es gibt ja da auch noch einen ÖVP-Abgeordneten im Hohen Haus, den Herrn Nationalrat Murauer, der, wie wir ja alle wissen, mit dem Sparen nichts am Hut hat, war und ist er doch ein glühender Verfechter des Eurofighterkaufes und somit auch der größten Geldvernichtungsaktion der zweiten Republik. Was bitte, lieber Gunter Mayrhofer, sagt dein Freund Murauer zu diesem Sicherheitsdebakel, das hier in dieser Stadt angerichtet wird? Und was, lieber Gunter Mayrhofer, sagt denn unser Herr Landeshauptmann dazu, der – so liest man es zumindest in den Zeitungen – doch so großen Einfluss in Wien haben soll? Ich habe bisher weder vom Nationalrat Murauer noch vom Herrn Landeshauptmann zu dieser prekären Sicherheitssituation in Steyr einen Pieps gehört. Das Einzige, was mir vom Herrn Landeshauptmann in Erinnerung ist, ist seine Aussage, dass er sich darüber freut, dass nicht noch mehr Gendarmerieposten geschlossen wurden, als ohnehin in Oberösterreich zugesperrt worden sind. Zum

Abschluss aber nochmals, vielen Dank und auch Anerkennung für die ÖVP in Steyr, dass sie beim Kampf um genügend Personal bei der Steyrer Exekutive engagiert mit dabei ist. Es bleiben aber doch die Fragen, was sagt Murauer, was sagt der Landeshauptmann und was gedenken diese Spitzenpolitiker und Spitzenfunktionäre der ÖVP für die Sicherheit der Steyrer Bevölkerung zu tun?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe geglaubt der Wahlkampf ist eigentlich vorbei, das ist ein Musterbeispiel, wie man etwas, das sehr gut begonnen hat, nämlich parteienübergreifend und weg von jeder politischer Diskussion und Hickhack, sondern wirklich nur um Sachpolitik bezogen, wieder in ein politisches Geschehen rücken kann. Das hatten wir uns eigentlich nicht vorgestellt, als wir diese Initiative gestartet haben und auch diese Resolution heute initiiert haben. Ich finde es schade und wenn der Kollege Hackl spricht, wie das mit den Terminen und so aussieht, dann kann ich dich beruhigen, es gibt bereits Terminvereinbarungen mit dem Bundesminister Strasser, an dem auch der Kollege Nationalrat Murauer teilnehmen wird, der selbstverständlich schon in sehr engen Gesprächen mit der Polizei und Gendarmerie ist. Wie sehr vielen in diesem Raum ja bekannt ist, ist diese Entwicklung ja neu, nämlich die Überlegung Steyr-Land und Steyr-Stadt nicht zusammenzulegen, sondern eventuell die Gendarmeriedienststellen von Kirchdorf und Steyr-Land zusammenzulegen und Steyr-Stadt als Rumpfbastion stehen zu lassen. Bis vor Weihnachten war noch immer die Devise und die Überlegung, Steyr-Stadt und Steyr-Land zusammenzulegen und ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bis der Murauer gekommen ist.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

... und bei diesen Synergieeffekten haben wir uns durchaus vorstellen können, dass das ein richtiger Weg ist. Die Lösung, die als eine von drei verschiedenen Varianten jetzt nach Steyr gelangt ist, auf einem Papier des Ministeriums, dass man sagt, ich lasse Steyr-Land und Kirchdorf zusammen und reduziere hier den Standort Steyr auf ein Mindestmaß – ich drücke das einmal bewusst so aus – das kann natürlich nicht die Zustimmung von irgendjemanden Vernünftigen aus der Region bekommen. Das ist vollkommen klar.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der Vorschlag vom Nationalrat Murauer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein, das ist nicht der Vorschlag Murauer. Der Kollege Murauer hat bis vor zehn Tagen nicht einmal gewusst, dass dieser Vorschlag am Tisch liegt.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Dann ersuche ich sie, dass sie das verifizieren und uns die Quelle nennen, weil sie ist falsch, das möchte ich in dieser Deutlichkeit sagen. Das heißt, das ist kein Vorschlag Murauer und der Murauer wird mit mir auch gemeinsam zu diesem Termin Strasser gehen. Noch einmal, sinnvolle Synergieeffekte und Reformen sind durchaus zu begrüßen. Das, was jetzt am Tisch liegt, z. B. dass im Prinzip die gesamte kriminalpolizeiliche Abteilung Richtung Linz wandert, das ist etwas, ich glaube, das kann in keinem Interesse sein. Das ist zu verurteilen und zu verhindern und hier ersuche ich wirklich alle, das jetzt nicht politisch zu nehmen, sondern als Region mit einem geschlossenen, gemeinsamen Auftreten versuchen zu verhindern, weil nur damit werden wir etwas erreichen können. Sollte das wieder in ein politisches Hickhack gehen, dann ist die Gefahr sehr groß, dass sich wieder irgendjemand zurückzieht und sagt, dann ziehen wir es durch. Damit würden wir der Region schaden, davor warne ich und darum war ich auch etwas enttäuscht über deine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte eigentlich dazu beitragen, weil der Herr Mayrhofer gesagt hat, er hat einen Termin beim Innenminister und ich glaube, wenn er ihn kurz erinnern würde,

wir haben ja im September ein Schreiben mit Unterschriften vom Stadtteil Münchenholz an ihn geschickt und natürlich bis heute noch keine Antwort erhalten. Ich wäre schon daran interessiert, da geht es auch um die Sicherheit der Münchenholzer und die Bevölkerung ist natürlich verunsichert, weil ja das Wachzimmer nur mehr teilweise besetzt ist. Wir haben im August 2003 ein Schreiben verfasst, das alle Fraktionen auch unterschrieben haben, da haben wir ein kurze Stellungnahme bekommen, es wird noch geprüft, aber dann ist nichts mehr gekommen. Vielleicht könnten sie das auch ansprechen, weil ich glaube, es wäre schon notwendig, die Bevölkerung zu beruhigen, wenn fast 2000 Unterschriften nach Wien gehen und wir bis heute noch keine Antwort haben. Wenn man das noch kurz erwähnt, ich habe mir das rausgeschrieben, wir haben am 05. 07. 2001 im Gemeinderat auch schon eine Resolution beschlossen, das hat das mobile Einsatzkommando betroffen. Wir haben am 20. 09. 2001 eine Resolution beschlossen, das hat das Wachzimmer Bahnhofstraße und Münchenholz betroffen und wir sehen ja, dass die Resolutionen „schubladiert“ werden und dass im Grunde genommen die Wachzimmer geschlossen werden und die Einsparungen trotzdem vorgenommen werden. Ich glaube, die Steyrer Bevölkerung hat das Recht, dass sie auch Sicherheit hat und dass sie nicht verunsichert werden. Ich merke das immer mehr in Münchenholz, dass sie sagen, ist jetzt schon was da, oder was kommt jetzt und ich muss sagen, wir bekommen leider keine Antwort.

Das wäre meine Bitte an sie, wenn sie dort einen Termin haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr StR Oppl bitte.

STADTRAT WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Gunter. Ich pflichte dir zu 100 % bei, ich glaube es gibt auch keinen der hier anwesenden, der nicht der gleichen Meinung ist, dass je besser und je mehr man hier gemeinsam vorgeht, desto mehr Gewichtung hat das dann. Als Schlussfolgerung würde das eigentlich für mich heißen, wenn ihr einen Termin beim Innenminister Strasser habt, dass wir als Stadt Steyr dort eigentlich gemeinsam auftreten sollten und aus meiner Sicht wäre es eigentlich toll, wenn aus jeder Fraktion ein Vertreter mitgehen könnte. Sonst würde nämlich der Eindruck entstehen, dass es ein parteipolitischer Termin ist und das glaube ich nicht, dass es das ist, sondern dass es eigentlich gerechtfertigt wäre, wenn von jeder Fraktion eine Delegation mitfahren könnte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
StR Hauser bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich glaube, auf was es auch ankommt ist, unter anderem in Argumenten aufzuzeigen, wie es denn derzeit um die Sicherheit bestellt ist und da muss man schon sagen, dass unsere Polizei ausgezeichnete Aufklärungsquoten hat, dass unsere Polizei auch exzellent ist, was die Verkehrsüberwachung betrifft. An und für sich sagt jeder in Oberösterreich – zumindest dort, wo ich hinkomme – sie fürchten sich, wenn sie durch Steyr durchfahren und sie hätten Alkohol getrunken. Ich denke mir, natürlich sollte man die Dinge nicht übertreiben, aber man soll auch die Leistungen einer Sicherheitswache und einer Polizei dementsprechend würdigen. Daher glaube ich ganz einfach, dass die Argumente für die Sicherheit in unserer Stadt durchaus überwiegen und wir aufgrund dieser Sachargumente versuchen sollten, diesen Sicherheitsstandard auch in Zukunft zu halten.

Ein kleiner Nebensatz sei mir noch gestattet. Ich bin auch nicht dafür, dass man die Dinge einfach ständig vermischt und daher möchte ich gegen diese Aktion Asylantenheim, oder zu dieser Sache noch etwas sagen. Es ist zwar richtig, dass es eine Überlegung gegeben hat, ob eine leere Liegenschaft des Bundesheeres genutzt werden könnte, aber das Innenministerium war da, hat sich das angeschaut und wie sie festgestellt haben, was sich in Wirklichkeit dort tut – und das sei auch allen jenen gesagt, die also glauben, dass diese Gebäude dort wieder revitalisiert werden könnten und benutzbar gemacht werden könnten, - dass man also dort zwischen 30 und 40 Mio. Schilling investieren müsste, um diese Häuser wieder bewohnbar machen zu können, alles was die sanitären Anlagen und die Heizungen betrifft, das war schon einmal so ein Schreck, dass also schon von denen leichter Abstand genommen wurde und zweitens hier auch noch die Gewährleistung besteht, dass bei so einer Frage der Bürgermeister zustimmen muss – und das war von vornherein hier nicht gegeben. Darum denke ich mir, wir sollten auch nicht irgendwo den Leuten erzählen, dass es hier ein Asylantenheim geben wird, weil es gibt heute noch Leute, die mich fragen ob das stimmt, dass dort ein Asylantenheim eingerichtet wird. Ich möchte nur dazu appellieren, dass man die Dinge nicht ständig vermischt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich halte es auch nicht für sehr sinnvoll, jetzt das Thema Asylanten gleichzeitig mit der Sicherheitspolitik zu verknüpfen und dann irgendwo so in den Raum zu stellen, wäre jetzt da ein Asylantenheim, dann hätten wir weniger Sicherheit. Ich denke mir, das eine hat mit dem anderen nur sehr wenig zu tun. Ich möchte nicht, dass jetzt der Eindruck entsteht, dass das jetzt mit Sicherheit sehr stark zusammenhängt. Ein anderer Punkt, den ich noch sehr wichtig finde. Ich glaube nicht, dass es nur um den Personalstand der Polizei geht, der erhalten werden soll, sondern ganz einfach auch um die ganz normale tägliche Arbeit der Bundespolizeidirektion Steyr. Mir fallen dazu nur zwei Beispiele aus der Vergangenheit ein, wo ich sagen muss, dass ich wirklich erschüttert war, dass das keine Selbstverständlichkeiten mehr sind. Da geht es auch in die Richtung Motivation der Mitarbeiter, das waren nämlich zwei Fälle. Der eine Fall war z. B., dass man anscheinend nicht einmal mehr die Reparaturkosten für einen Dienstlaptop so ganz selbstverständlich ersetzt bekommt, bzw. die Reparatur durchführen kann. Das andere war, dass wenige Tage vor den Steyrer Messtagen nicht klar war, ob die Polizei jetzt tatsächlich mit einem Informationsstand an die Bevölkerung daran teilnehmen kann, weil nicht klar war, ob man jetzt die Genehmigung für ein paar hundert Euro für die Standgebühr bekommt. Da denke ich mir, das müsste selbstverständlich sein, dass man die Polizei auch finanziell so ausstattet – nicht nur personell, sondern auch finanziell – dass sie einer ganz täglichen Arbeit nachgehen kann. Was den Sicherheitsaspekt anbelangt, Herr Kollege Hauser, ich gebe ihnen Recht, Steyr ist eine sehr sichere Stadt – noch, muss man dazusagen – ich glaube, dass es einfach einen Punkt gibt, dass eine sind die Beamten, die einfach ordentlich arbeiten und wo es auch eine hohe Aufklärungsquote gibt, das ist so die objektive Sicherheit, aber es gibt ganz einfach ein subjektives Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und das hat durch die Reduktion in Münchenholz gelitten. Es leidet aber auch darunter, dass die Bevölkerung den Eindruck hat, die Polizei ist vielleicht nicht mehr so präsent wie früher. Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, aber es ist einfach eine ziemliche Verunsicherung da und deshalb glaube ich, dass es wirklich wichtig ist, dass wir dieses Thema aus der parteipolitischen Diskussion heraushalten und dass man wirklich gemeinsam schaut, dass man hier das Bestmögliche erreichen kann, egal ob das ein roter, schwarzer oder blauer Innenminister ist.

GR Ute Fanta verlässt um 17.14 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldung? Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist sicherlich erfreulich, dass wir uns auch inhaltlich über die Sache einig sind, aber eines ist natürlich nicht zu trennen. Ich gebe der Frau Kollegin Frech Recht, parteipolitisch brauchen wir das nicht in der Gemeindestube diskutieren, weil wir uns ja eh darüber einig sind, was eh nicht so oft der Fall ist, aber es ist wirklich erfreulich. Ich unterstelle auch jeden einzelnen, auch der ÖVP-Fraktion, dass das hier wirklich eine große Sorge ist und dass da große Bedenken sind und dass die Unterstützung der Resolution ganz ehrlich gemeint ist. So nach dem Sprichwort, das Hemd ist einem immer näher als der Rock, das ist eine alte Weisheit. Eines muss man natürlich schon sagen und das kann man auch nicht so einfach vom Tisch wischen, - das hat mit Politik nichts zu tun, sondern da geht es um die Region und um die Sache – und das Gefühl, das in den letzten Zeiten vermittelt wird, hast du mir jetzt neuerlich bestätigt Gunter, dass die Politik des „Drüberfahrens“ betrieben wird, ohne dass man auf die Bedürfnisse, die Anliegen, die Wünsche und Ängste der Menschen eingeht. Für mich ist es schon äußerst bedenklich, muss ich dir sagen, und ich kann mich an Zeiten erinnern, wo das ein bisschen anders war, wann der Bezirksparteiobmann, der Kollege Murauer, ... warte einmal, ich weiß jetzt gar nicht was ich sagen will.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Er ist nicht Bezirksparteiobmann!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Dann der Abgeordnete der ÖVP des Bezirkes Steyr-Land, aber auch Steyr-Stadt, der Kollege Murauer, weil in Steyr-Stadt habt ihr keinen anderen ÖVP-Abgeordneten.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Oder? Zumindest ist er mir nicht bekannt, ich sehe ihn bei allen städtischen Veranstaltungen. Da ist nichts einzuwenden, das ist auch in Ordnung, er vertritt da politisch auch die Region. Ich will eigentlich sagen, wenn man da sehen muss, wie du es auch erwähnt hast, dass der Kollege Murauer, der in dem höchsten Amt unserer Republik sitzt, im Nationalrat, und von dieser Entwicklung und von diesen Entscheidungen erst vor 10 Tagen informiert worden ist, oder in Kenntnis gesetzt worden ist, oder irgendwie durch Zufall davon erfahren hat, dann ist das eine traurige Entwicklung. Ich glaube, hier müssen wir auch den Anspruch stellen, dass die Politik nicht einfach über die Köpfe drüber gefahren werden kann, sondern dass man sich auch dort mit den zuständigen, mit den verantwortlichen Mandataren in Verbindung setzt und mit denen das auch diskutiert. Ob alle Recht bekommen, das ist natürlich etwas anderes, weil wir sehen natürlich gewisse Dinge anders, das will ich gar nicht sagen, dass das immer recht ist, was wir sagen, aber den Anspruch müssten wir zumindest haben, da in der Stadt Steyr, wir sind nicht irgendwo ein kleines „Saudörfll“ ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ist ja wahr; mit 150 Einwohner, wo man sagt, die zählen nicht. Wir sind eine der wenigen, ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich habe ja gesagt, sind wir nicht.

Diskussion verschiedener Mandatare

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich habe ja auch nicht gesagt, dass es eines gibt. Ich habe nur gesagt, dass wir das nicht sind. Wir sind eine der wenigen Statutarstädte. Ich bin ja davon überzeugt, Gunter, dass dich das auch persönlich quirlt und persönlich ärgert, dass du auch von deinen Leuten nicht informiert wirst, dass du es auch durch irgendwelche Kanäle erfahren musst. Dieses Gefühl wird uns vermittelt. Da bin ich schon bei dir, dass wir nicht parteipolitisches Hickhack betreiben sollen, die ÖVP gegen SPÖ in Steyr, gegen Grüne und Freiheitliche, sondern dass wir da gemeinsam auftreten müssen und unsere Forderungen gemeinsam stellen müssen.

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich ersuche, die Resolution zu beschließen.

Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das geht nicht mehr, das war schon das Schlusswort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diese Resolution stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Das war der letzte Punkt, wir kommen jetzt zur „Aktuellen Stunde“. Gibt es von der SPÖ eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Weil wir jetzt schon so warm sind, geht es gleich weiter. Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte noch zu einem ernsten Thema kommen, das uns auch berührt und uns auch noch massiv berühren und betreffen wird und dazu kurz Stellung nehmen. Wir haben absichtlich davon Abstand genommen, eine Resolution zu beantragen, weil das hier nicht inflationär werden soll, aber ich glaube, wir sollen uns auch damit auseinandersetzen, was die Finanzen anlangt. Wir haben heute auch im Rahmen der Anträge, Wortmeldungen diverser Mandatare gehört, dass die finanzielle Situation auch in der Stadt Steyr dementsprechend angespannt ist und ich habe noch die Sätze unseres Bürgermeisters im Ohr, als er beim Budgetgemeinderat im vergangenen Dezember vorgerechnet hat, dass die Bundesertragsanteile für Steyr gesunken sind und deshalb unsere Stadt

im heurigen Jahr um 1,1 Mio. Euro, in Schilling ist das immer noch ein bisschen verständlicher, etwa 15 Mio. Schilling weniger Einnahmen aus diesem Titel für das Jahr 2004 erwarten. Jetzt, etwas mehr als 1 Monat später, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, trifft uns der nächste, von Wien ausgeführte Keulenschlag durch die zweite Etappe der Steuerreform – das ist zwar klasse und alle jubeln, Supersteuerreform, weniger zahlen. Wenn wir dann aber dahinter blicken, was das für Auswirkungen hat; durch die zweite Etappe der Steuerreform müssen die Steyrerinnen und Steyrer ab 2005 mit weiteren Mindereinnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, von etwa 1,8 Mio. Euro, in Schilling so rund 24 bis 25 Mio. rechnen. Wenn wir noch wissen – und das ist uns noch in bester Erinnerung – wie mühselig wir das Budget für 2004 zusammengekratzt haben, wo wir überall den Sparstift ansetzen mussten, wo wir verschiedene Dinge nicht in dieser Form realisieren konnten, dringend notwendige Maßnahmen nicht erledigen konnten, dann graut mir vor der Budgetdebatte und dem Budget 2005. 25 Mio. Schilling, das ist eine gigantische Summe für unsere Stadt in der jetzigen Situation und darüber hinaus, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir auch sehen, dass dieser Verlust ja nicht nur einmalig in einem Jahr eintreten wird, sondern sich auch auf die nächsten Jahre hinziehen wird. Also, das wird eine gewaltige Belastung sein – das ist aber eh kein Steyr spezifisches und auch kein Österreich spezifisches Problem, wir haben ja gerade auch vor wenigen Monaten in der Bundesrepublik Horrormeldungen gehört, wo die Kommunen nicht mehr finanzierbar sind, wo die in die Pleite gehen, wo sie nicht mehr ihre Grundbedürfnisse bewältigen können - und diese Gefahr ist bei uns auch in einem dementsprechenden Ausmaß gegeben. Wenn wir uns nur diese 25 Mio. Schilling ein bisschen plakativ vorstellen, was unsere nächsten Projekte sein sollen, wo uns auch vom Gesetzgeber und vom Land her vorgeschrieben ist, dass wir in den nächsten Jahren unsere Alters- und Pflegeheime erneuern müssen, dass wir, wenn wir Münchenholz fertig haben, gleich am Tabor das Pflegeheim wegreißen müssten und zwei kleine Einheiten mit 120 Betten machen, dann würde alleine die Steuerreform in 10 Jahren ein Pflegeheim ausmachen. Also, hier ist wirklich Gefahr vorhanden und ich glaube, auch hier sollten wir in der Zukunft geschlossener auftreten und sollten uns auch dagegen zur Wehr setzen und das nicht einfach aus der Sicht der Kommune zur Kenntnis nehmen. Wenn das so weiter geht, weiß ich nicht wie wir unsere Altenheime, die Abgänge die wir haben, bezahlen sollen, wie wir unsere Kindergärten bezahlen, wie wir den öffentlichen Verkehr – wo wir auch immer sagen, wir brauchen ein besseres, attraktiveres Angebot – wie wir das alles bezahlen sollen. Also, da kommt schon etwas auf uns zu, wo man die größten Sorgen und Bedenken haben muss und ich glaube, dass wir da auch in dieser Verantwortung sind, das aufzuzeigen, auch in unseren Organisationen bis hin zum Gemeindebund und Städtebund. Ich höre den Kollegen Steininger, der auch vor wenigen Tagen aufgeschrien hat. Wir müssen das in den Kommunen sensibilisieren, wir müssen das transportieren und uns auch dementsprechend zur Wehr setzen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Stellungnahme der ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir sprechen hier über Reformen, wir sprechen darüber, wie jemand mit uns umgeht. Da möchte ich auch noch eine kurze Exkursion zum letzten Tagesordnungspunkt machen, weil er durchaus einen direkten Vergleich zulässt. Das war eine gemeinsame Resolution von allen im Gemeinderat vertretenen Parteien. Das hat nicht der Fraktionsführer der SPÖ vorzutragen, wie der Herr Bürgermeister ihn bezeichnet, sondern das hätte eigentlich der Bürgermeister vorzutragen, aber das war mir wirklich egal. Es gibt aber aufgrund dieser Sache natürlich auch kein Schlusswort und ich glaube, dass es auch nicht angebracht ist, hier einfach etwas zu unterbinden. Das ist im Sinne einer Demokratie, glaube ich, nicht richtig. Es gibt neben dem Abgeordneten Murauer selbstverständlich auch andere Abgeordnete in der Region, z. B. in Steyr-Land. Ich bin sehr froh, dass sich der Herr Gartlehner mit ein bisschen Verspätung, aber doch auch zu diesem Thema geäußert hat. Ich würde mir auch wünschen, dass sich die Frau Kollegin Weichsler vielleicht in den Medien ein bisschen stärker für die Erhaltung der polizeilichen Struktur hier, und damit meine ich nicht einzelne Wachzimmer, weil darüber kann man wirklich diskutieren, ob das gescheit ist oder nicht, aber um die generelle Struktur der Exekutive in Steyr einsetzt. Nun aber zu der angesprochenen Steuerreform. Ich glaube nicht, dass gerade ein Arbeitnehmervertreter, wie das der Herr Kollege Bremm ist und ich attestiere ihm hier, dass er mit vollem Herzen dabei ist und für seine Leute auch kämpft, dass ihm hier eine Steuerreform als „nur“ verwerflich erscheint. Ich darf schon erwähnen, dass eine Steuerreform und damit natürlich auch Auswirkungen auf die Gemeinden, sehr wohl auch von anderen vorgenommen wurden; 1994 Lacina, 2000 Edlinger und jetzt eben Grasser 2004 und 2005. Ich glaube, dass es begrüßenswert für die Bevölkerung von Steyr ist und der Kollege Bremm hat ja die Steyrerinnen und Steyrer angesprochen, wenn es z. B. darum geht, dass der Durchschnittssteuersatz reduziert wird auf 23 % bei Einkommen bis 25.000,-- Euro, dass es bis 51.000,-- Euro auf 33,5 % geht, aber vor allem kommt es jetzt auf die

kleinen Einkommen an, dass das steuerfreie Jahresbruttoeinkommen von 14.500,-- auf 15.770,-- steuerfrei erhöht wird. Dass z. B. die Anhebung der Pendlerpauschale um 15 % vorgenommen wird, dass es beim Alleinverdienerabsetzbetrag, der derzeit 364,-- Euro beträgt, auch einen nach Kinderanzahl gesteigerten Kinderabsetzbetrag geben wird, der praktisch zu einer Verdoppelung für eine 2-Kinder-Familie führt; und dass die Anhebung der Zuverdienstgrenze bei den Alleinverdienern von 4.400,-- auf 6.000,-- Euro geht, das ist, glaube ich, auch eine tolle Geschichte. Vielleicht berührt es einige hier herinnen auch; die Pensionisten werden ab 01. 01. 2005 eine Steuerbefreiung auf 13.500,-- Euro erhöht bekommen, bisher waren es 12.500,-- Euro. Nicht alle hier herinnen wird es berühren, aber ich bin trotzdem froh darüber, dass z. B. die Absetzbarkeit des Kirchenbetrages von 70,-- auf 100,-- Euro vorgenommen wird und dass vor allem – und jetzt spreche ich einen langjährigen Wunsch an - solche Bagatellesteuern wirklich abgeschafft werden, wie z. B. eine Schaumweinsteuer und andere Dinge ebenfalls. Ganz wichtig für mich, aber auch unter dem Hinblick auf Unterstützung von Arbeitnehmern, ist die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreichs hier im europäischen Wettbewerb und hier dürfen wir die Osterweiterung nicht außer Acht lassen, hier war es ein unbedingtes Muss, dass z. B. die KÖSt reduziert wurde – wir liegen noch immer nicht am unteren Tabellenrand, sondern wir haben uns jetzt einen Vorsprung gegenüber anderen Ländern erarbeiten können. Ich glaube, dass das notwendige, wichtige Maßnahmen sind die helfen, dass der Wirtschaftsstandort Österreich weiterhin attraktiv bleiben wird. Im Vergleich – und wir reden ja darum, was bringt das für die Leute – hat die Steuerreform 1989 0,8 Mrd. betragen, die Steuerreform von Lacina 1994 1,2 Mrd., die Steuerreform von Edlinger 2000 1,2 Mrd. und die von Grasser insgesamt 3 Mrd. Ich glaube, dass das für die Bevölkerung sehr positiv ist, für uns als Kommune bedeutet das sicher auch, dass wir intern überlegen müssen, wie reagieren wir auf das, was auf uns als Kommune zukommt, wie können wir ebenfalls versuchen, diese Reformen in unserem eigenen Bereich weiterzutragen und zu überlegen, wo können wir einsparen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wie sollen wir die 25 Millionen, die sie uns weniger gegeben haben, einsparen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Kommen wir zum Thema, weil der Vorredner hat sich ja darin erschöpft, dass er halt die Steuerreform sozusagen schöngeredet hat. Die Steuerreform dieser Regierung, die in erster Linie auf Pump lebt und dieser Pumpenschlauch hängt nämlich in dem Geldtopf der Gemeinden und Städte und wir haben nichts geschenkt bekommen, wir haben nur mehr die Hälfte von dem zurückbekommen, was uns ohnehin vor Jahren aus dem „Taschl“ gezogen worden ist. Es nutzt nichts, wenn man es schönredet und genau erklärt, es geht eigentlich um das, was der Kollege Bremm gesagt hat. Wie kommen wir zu unseren 1,8 Mio. Euro? Die Dinge werden ja nicht besser, und wir haben es beim Budget ja eh noch einmal erwähnt, dass diese Abzüge, die Landesumlage etc., die Ertragsanteile immer weniger werden. Wenn sich die „roten“ Städte aufhalten, dann sagt man, na ja, schaut sie euch an, jetzt maulen sie halt, weil es eine Schwarz-Blau-Regierung gibt, aber wenn der Herr Bürgermeister aus Garsten auch das Wort erhebt, und dem kann man ja nicht zuweisen, dass er unter Umständen sozialdemokratisch wählt, wenn der sagt, dass 2/3 der Ennstaler und Steyrtaler Gemeinden ihre Haushalte nicht ausgleichen können, da denke ich mir, das wäre einmal eine Alarmglocke wert. Nur, ich habe ehrlich gesagt noch nicht allzu viel von Landesseite da gehört, dass man da gesteuert.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Da müssen sie mit dem Herrn Anschöber reden!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das ist schon gut, aber der Herr Anschöber ist erst seit 2 Monaten in der Landesregierung und was ich weiß, ist ja der Herr Landeshauptmann Pühringer schon Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dabei. Wenn man das ein bisschen im Auge behält, was sich da rührt, dann muss man rechtzeitig gegensteuern. Jetzt wäre eigentlich die Gelegenheit da, beim Österreichkonvent mit dem Finanzausgleichsgesetz, hier zu reagieren, weil eines wollen wir nämlich nicht, dass überall in den Gemeinden die Budgets von Landesbeamten überwacht werden und dass die Autonomie der Gemeinden unter den Tisch fliegt. Vielleicht spielt das im Hintergrund eh ein bisschen mit, dass man da ein bisschen mehr die Fäden zieht. Nur, was ist das für ein Leben, ganz ehrlich gesagt, wenn ich nichts mehr, oder nur mehr minimal investieren kann, und dass ich wegen jedem Zahnbürstel – nein, Zahnbürstel gibt es ja am Amt keines – aber vielleicht wegen einem Schreibtisch fragen muss, ob ich

da investieren darf. Es ist schon lustig, wenn man hört, wie toll diese Steuerreform gelungen ist. Ich bin kein Steuerberater, aber die Medien schreiben schlecht darüber, das mag ja unter Umständen noch angehen, aber wenn man die Steuerberater selber fragt, wer denn da aller so begeistert ist darüber, dann halten die sich sehr zurück. Die Menge, die sagt, das ist so toll, ist schon sehr hauchdünn. Noch einmal, jetzt wäre die Gelegenheit dazu, bitte kommt zur Vernunft, auf Bundes- aber auch auf Landesebene, es kann nicht das Ansinnen der ÖVP oder der FPÖ sein, die Gemeinden und die Länder auszubluten und dann alles unter Kuratel zu stellen. Wenn man nur bedenkt, wie lange sich das schon hinschiebt, die Finanzausgleichsverhandlungen, oder alleine bei den Krankenhausbeiträgen; die tun einfach vom Bund aus deckeln und bei uns geht es pfeilgerade bergauf. So kann es doch bitte nicht funktionieren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wortmeldungen, LIF? Keine.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Bürgerforum, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Entschuldigung, Bürgerforum.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich schreibe ihnen nächstes Mal ein Kärtchen, Herr Bürgermeister.
Geschätztes Präsidium, wertete Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Willkommen im Steyrer Nationalrat, kann ich eigentlich nur sagen. Ich würde mir wünschen, dass wir jene Themen, die wirklich wir in der Hand haben

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Darf ich ausreden, Andreas? Ich denke mir, ich habe das selbe Recht wie andere auch, dass ich ausreden darf.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Darf ich, danke. Darfst du auch machen, klar. Aber ich darf mich ja dagegen wehren.
Ich denke, wenn wir mit der Akribie auch die Dinge angehen, die wir heute beispielsweise auf der Tagesordnung gehabt haben, da erinnere ich z. B. an den letzten Tagesordnungspunkt mit dem Röntgengerät, wo wir nicht einmal einen gescheiten Amtsbericht haben usw., dort wo es oft um viel Geld geht, da würde ich mir eigentlich eher diese Energie wünschen, als bei irgendwelchen Pseudonationalratsdebatten.
Na selbstverständlich hat das auch für uns eine Auswirkung, diese Steuerreform, keine Frage, nur ich glaube nicht, dass man in Form einer aktuellen Stunde hier - außer sehr viel Schall und Rauch - etwas produzieren kann. Deshalb hätte ich einen Vorschlag, Herr Bürgermeister, wenn das wirklich ein so brennendes Thema ist, und ich glaube auch, dass es eines ist, dass wir uns wirklich bei der nächsten Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusssitzung als Tagesordnungspunkt dieses Thema hinaufnehmen. Wobei ich gar nicht so lange warten möchte, weil sie haben die Sitzung für 19. April terminiert, aber aufgrund der aktuellen Stunde gehe ich davon aus, dass das Thema sehr viel brennender ist und deshalb würde ich an sie appellieren, Herr Bürgermeister, eine Sondersitzung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses einzuschieben, wo wir dann auch wirklich genau unter Beisein des Herrn Finanzdirektors über Zahlen, Fakten usw. reden und was können wir als Gemeinde auch tun, um hier gegenzusteuern. Ich bitte sie, Herr Bürgermeister, eine Sondersitzung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses einzuberufen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es zur aktuellen Stunde eine Wortmeldung der ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der Grünen?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Freiheitliche?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Aktuelle Stunde, aktuelles Thema. Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte eine Thema in der aktuellen Stunde ansprechen, das ja bereits in den Medien heftigst diskutiert wird und natürlich auch in den Betrieben bei den Betroffenen. Die Arbeitnehmer interessiert dieses Thema natürlich auch sehr stark, weil es ja doch einen Teil der Historie, der Geschichte der Steyr-Daimler-Puch betrifft. Es ist schon eine traurige Angelegenheit, dass von diesem ehemals großen Konzern eigentlich fast nur mehr der Waffensaal übrig geblieben ist, bzw. eine Diskussion über den Kauf von Wohnungen, wie es der Kollege Mayrhofer in den Zeitungen zu lesen angezettelt hat, ob man nicht vom Stronach Wohnungen zurückkaufen kann.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Da kannst du nicht lesen!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wir bewegen uns jetzt auf dieser Ebene, über die Reste und Erbschaften der Steyr-Daimler-Puch zu diskutieren. Ich begrüße grundsätzlich diese Diskussion, möchte hier aber schon ein bisschen auf den Boden der Realität zurückkommen. Wir werden natürlich nicht nur diese Unterschriftenaktion unterstützen, sondern alle Aktivitäten, um diesen historischen Waffensaal in Steyr zu halten. Ich sehe nur die einzige Möglichkeit darin, dass der Bürgermeister kraft seines Amtes und ausgestattet mit einem gewissen öffentlichen Druck, der freundlicherweise jetzt mit dieser Unterschriftenaktion erzeugt wird, mit dem Herrn Führlinger noch einmal spricht, ob es eine Möglichkeit gibt, denn eine andere Möglichkeit ist in einem Rechtsstaat wahrscheinlich nicht möglich. Der Herr Führlinger kann ja letzten Endes wahrscheinlich auch nichts dafür, dem hat man das damals sozusagen nachgeworfen, so wie man viele andere Dinge in Steyr einfach verschleudert und verscherbelt hat. Das ist nun einmal so und war so, leider. Nicht nur diese böse Regierung, wie jetzt immer so zitiert wird, es hat auch andere Zeiten gegeben, wo auch andere politische Gruppierungen an der Macht waren, die auch nichts anderes gemacht haben, wie man jetzt immer wieder feststellen muss. Es wäre vielleicht nicht notwendig gewesen, wenn man 1990 bereits die Kritik, die es damals auch schon gegeben hat ernst genommen hätte. Ich kann mich erinnern, wie damals der zuständige Referent für Denkmalpflege vehement davor gewarnt hat, diesen historischen Raum aus dem ersten Weltkrieg aus dem dazupassenden Gebäude zu entfernen, weil das war eine Einheit, weil vorher ist die Steyr-Daimler-Puch errichtet worden und während des ersten Weltkrieges dann dieser Waffensaal. Man hat damals leider nicht auf diese Stimmen gehört, nicht Rücksicht genommen und heute stehen wir vor der Tatsache, dass diese tolle Angelegenheit endgültig aus Steyr verschwinden soll, weil es uns ja auch nicht gelungen ist, diesen Betrieb zur Gänze in Steyr zu halten - entgegen den Ausführungen des Bürgermeisters beim Neujahrsempfang, wo er gar so euphorisch war. Damit war auch klar, dass diese Dinge aus Steyr verschwinden werden und dem ist jetzt auch so und es gehört dem Herrn Führlinger. Ich kann nur hoffen, dass vielleicht diese letzte Aktion zu einem fruchtbaren Ende kommt, die Reaktion des Herrn Führlinger, die in der Zeitung gestanden ist, lässt allerdings nicht große Hoffnungen aufkommen. Wir würden dich aber trotzdem bitten, mit aller Vehemenz vielleicht noch einmal mit ihm zu sprechen und irgendeine Lösung zu finden, um diese Dinge für Steyr vielleicht doch noch einmal zu einer gütigen Lösung zu bringen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wiederholung von – ich kann jetzt nicht ganz genau das Monat und die genaue Gemeinderatssitzung sagen; diese Debatte haben wir in diesem Hause schon geführt. Es ist damals enttäuschend gewesen, dass es nicht möglich gewesen ist, das zu verhindern. Es ist damals alles eingeschaltet worden, was einzuschalten war, bis hin zum Bundesdenkmalamt. Wir haben uns – wie es der Altbürgermeister Leithenmayr formulieren würde – damals schon dabei angeschüttet und wahrscheinlich wird sich der Erfolg auch diesmal sehr in Grenzen halten. Alle Aktivitäten, die hier initiiert werden, sind erfreulich, sind zu unterstützen. Ob das heute die Schützenvereine sind, oder was auch immer; wobei ich bei einigen schon eine heuchlerische Art sehe, weil seinerzeit ein Verantwortlicher eines Schützenvereines, wie es ihn selber betroffen hat, hat er sich den Waffensaal auch mitgenommen und heute sagt man, der darf nicht wegkommen, der muss in Steyr bleiben. Aber so ist das einfach, nach ein paar Jahren ist das eh wieder vergessen. Auch die Initiative der

Nachrichten ist erfreulich und zu unterstützen. Aber ich glaube, wir sollten hier einfach die Realität erkennen. So wie Führlinger mit dem Betrieb, mit den dort Beschäftigten in der Zeit, seit er Eigentümer ist, umgegangen ist, dann ist eigentlich die Aussicht auf Erfolg sehr schlecht, dass er den Waffensaal den Steyrer Bürgern zurückführt, dass er ihn in das Eigentum der öffentlichen Hand übergibt. Es waren eigentlich alle Bemühungen, den Betrieb inklusive Waffensaal in Steyr zu halten, der Herr Bürgermeister hat ja etliche Gespräche geführt und hat auch in diesem Kreise einige Male darüber berichtet, wo man ihm als Stadt überall entgegen gekommen wäre, beim Grund und dergleichen, es war alles erfolglos. Möglicherweise wird das halt die bittere Erkenntnis sein, dass man – und das sehe ich überhaupt nicht parteipolitisch, weil diese Entwicklung nämlich schon in einer Zeit begonnen hat, wo meine Parteifreunde in federführenden Funktionen gesessen sind – wenn man den Weg der Privatisierung beschreitet, immer auch im Auge haben muss, wo beginnt es und wo hat es ein Ende. Da wird es noch keine Dramatik sein, wenn es der Waffensaal ist, aber wenn dieses Tempo in dieser Form beibehalten wird, dann bestehen da noch andere Gefahren. Aber, wie gesagt, ich möchte nicht ganz zu pessimistisch sein, vielleicht gelingt es doch, den Waffensaal in Steyr zu halten, ich kann das auch seitens unserer Fraktion nur unterstützen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
ÖVP dazu?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFFER:

Ja, der Hans Payrleithner hat es schon angesprochen, mein Vorgänger Karl Holub hat seinerzeit wirklich schon vor dieser Entwicklung gewarnt und manchmal ist man gar nicht glücklich, wenn man Recht behält. Es gibt natürlich die ganz klare Rechtssituation, dass dieser Waffensaal eben in Privatbesitz ist. Das heißt, das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Ich glaube allerdings, dass wir alle Anstrengungen unternehmen sollten und ich ersuche sie wirklich, Herr Bürgermeister, dass man noch einmal einen Anlauf macht, in einem direkten Gespräch. Wir wissen, dass es schon einmal ein Gespräch gegeben hat, wo die Vorstellungen exorbitant hoch waren, das ist ja das Problem, was bei diesem Waffensaal wirklich ist. Der effektive Wert, auch der künstlerische Wert, ist ja nicht hoch – entschuldigen sie, wenn ich das so sage – nur für uns Steyrer hat es einen gewaltigen ideellen Wert. Auch vom touristischen her, wäre das, glaube ich, wirklich eine tolle Geschichte, wenn wir ihn öffentlich zugänglich machen könnten und er könnte das Herzstück eines vernünftigen Stadtmuseums sein. Wir haben wirkliche Schätze in unserem Museum, ich erinnere nur an die Petermandlsche Messersammlung, aber auch an unsere Vergangenheit, die eisenverarbeitende Industrie. Das heißt, das könnte die Initialzündung sein, um auch unser Heimatmuseum wieder aus dem Dornröschenschlaf zu erwecken. Ich ersuche sie wirklich, machen wir noch ein Gespräch, schauen wir, vielleicht können wir da doch noch etwas erledigen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Vielleicht in Ergänzung zum Herrn Mayrhofer. Es hat ja einige Gespräche gegeben, ich glaube es sind mindestens vier verschiedene Standorte in Steyr mit dem Herrn Führlinger diskutiert worden. Jedes Mal ist von mir auch der Waffensaal angesprochen worden, jedes Mal hat mir der Herr Führlinger auch gesagt, selbstverständlich wäre er bereit – weil wir ja entsprechende Summen als Förderung gezahlt hätten – den Waffensaal auch für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, aber – und das muss man auch dazusagen – er hat immer wieder gesagt, wenn er eine Halle hinstellt, dann würde er in irgendeinem Eck diesen Waffensaal platzieren, sodass er diesen Saal auch als Repräsentationssaal verwenden kann, wenn irgendein Vertrag unterschrieben wird, aber er hat mir immer wieder zugestanden, wir können ihn auch für öffentliche Zwecke verwenden. Das war immer das Ziel, nur er hat zum Schluss schon Beträge verlangt, der Herr Mayrhofer hat es ja schon erwähnt, wo man ihm einen Grund schenken sollte und dann wäre halt diese Variante dabei gewesen, die so hoch waren, dass wir als Steyrer da nicht mehr mitgezogen sind. Dann hat er halt das Angebot von Seitenstetten, glaube ich, bekommen, wo er jetzt hingehet und seine Pläne verwirklicht.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Oder Kleinraming; in Summe hat es, glaube ich, 7 oder 8 verschiedene Varianten gegeben. Leider sind die alle gescheitert und da stehen wir jetzt. Ich unterstütze selbstverständlich sämtliche Aktivitäten, dass wir diesen Saal in Steyr halten können, aber wie der Herr Mayrhofer auch gesagt hat, das ist Privatbesitz und es geht nur über Gespräche, wo er auch entsprechende Toleranz oder Zustimmung signalisiert. Vielleicht finden wir eine Lösung, die eine vernünftige für Steyr sein könnte.

Grüne zu dem Thema?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Es ist natürlich schon bitter, wenn man sich so die Entwicklung anschaut, wie letzten Endes mit Steyrer Geschichte, was unmittelbar auch mit Arbeitergeschichte zusammenhängt, umgegangen wird. Was ich weiß, z. B. die Industrieausstellung, mit den ganzen Autos, die stehen ja auch nicht mehr in Steyr, sondern irgendwo in St. Valentin. Ich denke mir, wenn jetzt quasi dieser Waffensaal, wie man auch immer darüber denken will, aber er hat auf jeden Fall historische Bedeutung, wenn der jetzt irgendwo in der Pampa steht – ich behaupte das jetzt einmal, weil die Standortsuche hat sich auch eher mehr zum Tempelhupfen entwickelt, als wirklich zum realistischen Verbleiben in Steyr. Es kann uns aber auch passieren, nachdem das privat ist, dass es irgendeinen Reichen oder ganz, ganz Reichen gibt, der sich das einfach selber in sein „Schlössl“ einbaut. Ich denke mir, das kann keiner irgendwie ausschließen. Auf der anderen Seite, glaube ich, wenn die Stadt wirklich das haben will, dann müssen wir aber auch ein Konzept dazu machen. Weil der Herr StR Mayrhofer gemeint hat, das wäre sozusagen der Kern des Heimathauses; der Hans Payrleithner hat ein Foto da, wo man so die Dimensionen sieht. Wo wollen wir das denn in unser Heimathaus hineintun? Das ist ja ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn, dann müssten wir das von uns selbst heraus überlegen, wie wir das tun und vor allen Dingen, was noch viel wichtiger ist, wir müssen ein Geld in die Hand nehmen.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Was ich mich erinnern kann, waren die Preise ja damals exorbitant hoch. Stell dir mal vor, 20 Mio. Schilling, das ist ja irre, für das, was eigentlich Steyrer Arbeiterinnen und Arbeiter in der Vergangenheit über Jahrzehnte geschaffen haben, müssen wir jetzt 20 Mio. Schilling hinlegen, damit wir das überhaupt bekommen. Dabei wissen wir noch gar nicht einmal, wo wir das hintun. Also, eine ganze Reihe von äußerst unangenehmen Fragen tauchen hier auf und ich bin nur gespannt, wie wir sie lösen, aber ohne Geld werden wir sie nicht lösen können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bürgerforum bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich denke mir, meine Vorredner haben eigentlich das Wesentliche dazu ohnedies bereits gesagt. Ich denke mir, der eine Punkt ist halt der, den kann man bedauern, aber der ist nicht mehr rückgängig zu machen, das Unternehmen siedelt weg. Aber der andere Punkt ist wirklich dieser Waffensaal bzw. die Exponate und Geschichte kann man nicht transportieren. Geschichte ist etwas Unbewegliches und dieser Waffensaal ist einfach ein Teil der Steyrer Geschichte und da denke ich mir, sollten wir alles unternehmen, dass dieser Part auch in Steyr bleibt. Ich denke mir nur eines, auf der anderen Seite haben wir leider in den letzten Jahren nicht wirklich signalisiert, dass uns unsere Geschichte sehr viel wert ist, ich denke nur, Kollege Lengauer beispielsweise, an unser zähes Ringen immer wieder um eine Neukonzeption vom Steyrer Stadtmuseum, oder ich denke auch an den Bereich Museum für Industriegeschichte usw. Ich glaube, wir sollten uns einfach unserer Geschichte viel mehr bewusst sein, weil das sind Chancen, die gehen weg und wenn einmal was weg ist, dann wieder zurückzuholen und in 10 oder 20 Jahren zu sagen, na gut, machen wir etwas, das geht nicht, ich kann die Geschichte nicht zurückholen. Also, ich würde auch an sie appellieren, Herr Bürgermeister, alles daran zu setzen, dass man hier eine Lösung findet, wo man Geschichte nicht transportiert. Abschließend noch eine Bitte an sie, Herr Bürgermeister, sie haben mir zuerst noch keine Antwort gegeben. Wird es eine Sondersitzung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses zum Thema Steuerreform geben, nachdem ihre Fraktion das heute als sehr dringliches Thema eingebracht hat und ich mir denke, das sollte man ernst und seriös behandeln. Wird es dazu eine Sitzung geben?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich werde mir das überlegen. Passt das einmal?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aha, das ist nicht sehr ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es zum Thema "Aktuelle Stunde" noch eine Wortmeldung? Nein, dann komme ich zum ganz

letzten Punkt.

In der heutigen Gemeinderatssitzung wurden 2.763.490,-- Euro beschlossen und bei den Beschlüssen 13.860,-- Euro, in Summe also 2.777.350,-- Euro.

Ich danke für die Aufmerksamkeit, die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 17.55 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER: GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Braunsberger-Lechner Birgitta